



**Deutsches Komitee  
für Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV)**

**German Committee for Disaster Reduction**  
within the International Strategy for Disaster Reduction (ISDR)

## **Naturkatastrophen und die Medien**

### **Herausforderungen an die öffentliche Risiko- und Krisenkommunikation**

Dokumentation des IDNDR-Expertenworkshops vom  
3. – 4. Dezember 1998 in Königswinter

Herausgegeben im Auftrag des IDNDR von

Hans Peter Peters  
Susanne Reiff

Herausgeber: Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V. (DKKV)  
- Der Vorstand -  
Redaktion: Winfried Glass, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Geschäftsstelle: Tulpenfeld 4  
53113 Bonn  
Tel.: (0228) 2434-828 / -815  
Fax.: (0228) 2434-836  
[katastrophenvorsorge@t-online.de](mailto:katastrophenvorsorge@t-online.de)  
[info@dkkv.org](mailto:info@dkkv.org)  
Internet: [www.dkkv.org](http://www.dkkv.org) (Dieser Text wird auch als PDF-Datei  
unter „Veröffentlichungen“ abrufbar gemacht)

Bonn, Dezember 2000

ISBN: 3-933181-20-8

Alle Rechte des Herausgebers und der Autoren vorbehalten

© Deutsches Komitee für Katastrophenvorsorge e.V. 2000

Der IDNDR-Expertenworkshop „Naturkatastrophen und die Medien“ brachte vom 3.-4. Dezember 1998 Katastrophenschützer (d.h. Vertreter von Organisationen mit Verantwortlichkeiten beim Katastrophenschutz), Journalisten und Katastrophen-Wissenschaftler (d.h. Wissenschaftler verschiedener Disziplinen, die sich in der einen oder anderen Form mit „Katastrophen“ befassen) zusammen. Ziel war die Diskussion der Bedeutung und Probleme der Massenmedien bei der Kommunikation in Katastrophensituationen und bei der Vorbereitung auf solche Situationen. Der Workshop wurde von der Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik des Forschungszentrums Jülich im Auftrag des Deutschen IDNDR-Komitees und mit wichtiger Unterstützung der Geschäftsstelle des IDNDR vorbereitet und durchgeführt.

Die Dokumentation des Expertenworkshops umfaßt die Beiträge der Vortragenden, soweit sie schriftlich vorlagen. Eine Dokumentation der Tagung war ursprünglich nicht vorgesehen; deshalb ein besonderer Dank an die Referenten, die der nachträglichen Bitte um Ablieferung eines schriftlichen Beitrags nachgekommen sind und gleichzeitig eine Entschuldigung an die Autoren, Tagungsteilnehmer und Leser, daß es mit der Erstellung der Tagungsdokumentation dann doch noch so lange gedauert hat.

Die Gliederung der Dokumentation ist an der Gliederung des Workshop-Programms orientiert. Die Beiträge des Kapitels „**Massenmedien und Naturrisiken**“ vermitteln zunächst einen allgemeinen Überblick über die Arbeitsweise der Medien sowie über die Erwartungen der Katastrophenschützer und der betroffenen Bevölkerung an die Medien. Die Kommunikationspraxis aus Sicht der Katastrophenschützer und Journalisten wird dann am „**Fallbeispiel: Oder-Hochwasser 1997**“ erläutert und diskutiert. Schließlich befassen sich zwei Beiträge mit „**Medien und Katastrophenverbeugung**“, also der angemessenen Vorbereitung auf mögliche Katastrophensituationen.

Bei der erneuten Lektüre der Beiträge während der Erstellung der Dokumentation – mit einigem zeitlichen Abstand zum Workshop – ist uns noch einmal deutlich geworden, was viele Teilnehmer bei und nach dem Workshop lobend hervorgehoben haben: in den Beiträgen sind eine ganze Reihe substantieller Erkenntnisse enthalten – Erkenntnisse, aus denen praktische Konsequenzen gezogen werden können. Die Dokumentation der Beiträge, vom IDNDR zu Recht immer wieder angemahnt, ist deshalb keine bloße Pflichtübung oder Maßnahme zur Pflege der Egos von Autoren und Herausgebern, sondern dient dazu, diese Erkenntnisse zur Verbesserung der Kommunikationspraxis vor, während und nach Katastrophen möglichst breit verfügbar zu machen.

Hans Peter Peters  
Susanne Reiff

# **Inhalt**

## **Einleitung**

Grußwort / Von Hans Koschnick .....	2
Naturkatastrophen und die Medien – Eine Einführung in die Thematik / Von Hans Peter Peters .....	4

## **Massenmedien und Naturrisiken**

Helfer und Störenfried: Die ambivalente Rolle der Medien bei Naturkatastrophen / Von Christian Brauner .....	10
Umgang der Medien mit Naturkatastrophen / Von Georg Ruhrmann.....	18
Informations- und Orientierungsbedürfnisse der betroffenen Bevölkerung – können Medien sie erfüllen? / Von Wolfram Geier .....	27

## **Fallbeispiel: Oder-Hochwasser 1997**

Probleme im Umgang mit Journalisten beim Oder-Hochwasser – ein Erfahrungsbericht / Von Susanne Anger .....	42
Probleme journalistischer Berichterstattung über das Oder-Hochwasser – ein Erfahrungsbericht / Von Ulf Grieger .....	49
Leistungen und Fehlleistungen des Journalismus bei der Information der Bevölkerung während des Oder-Hochwassers / Von Manfred Füger .....	53

## **Medien und Katastrophenvorbeugung**

Katastrophenvorsorge als Medienthema – wann ist es für Journalisten interessant? / Von Thomas Hillebrandt .....	59
Vorbereitung der Bevölkerung auf den Katastrophenfall – die Rolle der Massenmedien aus Sicht einer Behörde / Von Horst Dölling .....	64
Einsatz von Informationskampagnen zur Erhöhung des öffentlichen Bewußtseinsstandes über Naturrisiken und Katastrophenschutz / Von Anne Eckhardt .....	63

## **Resümee**

Abschlußkommentar / Von Günter Hölter .....	70
Abschlußkommentar / Von Eckart Klaus Roloff .....	74
Ergebnisse des Workshops / Von Hans Peter Peters & Susanne Reiff .....	75

## **Anhang**

Programm des Workshops .....	80
Anschriften der Autoren.....	82

# Einleitung

## Grußwort

**Hans Koschnick, Vorsitzender des IDNDR-Komitees**

Ich begrüße Sie herzlich zu unserem gemeinsamen Workshop „Naturkatastrophen und die Medien“. Journalisten und Katastrophenhelfer haben quasi von Haus aus ein unterschiedliches Interesse in Bezug auf Katastrophenberichterstattung. Im Arbeitsalltag sind sie jedoch aufeinander angewiesen und müssen zusammenarbeiten. In der Regel funktioniert diese Zusammenarbeit recht gut. Wir sind heute zusammengekommen, um über Möglichkeiten nachzudenken, diese Zusammenarbeit zu optimieren und zu versuchen, die Rolle des anderen Partners besser zu verstehen. Dabei wird uns die kommunikationswissenschaftliche Perspektive, die morgen zu Wort kommen wird, sicherlich sehr behilflich sein.

Doch zunächst möchte ich erst einmal dem Forschungszentrum Jülich dafür danken, daß es den Workshop im Auftrag des Deutschen IDNDR-Komitees maßgeblich organisiert hat. Die Idee für das Werkstattgespräch ist im Wissenschaftlichen Beirat des IDNDR entstanden, dem Dr. Peters als Kommunikationswissenschaftler seit 1997 angehört. Unser wissenschaftlicher Beirat ist besonders den Naturwissenschaften verpflichtet. Umso mehr begrüße ich die Idee zu diesem Workshop, da Katastrophenvorsorge bekanntlich kein rein naturwissenschaftliches Problem ist.

Die heutige Veranstaltung hat jedoch noch einen anderen Hintergrund. Die diesjährige internationale IDNDR-Kampagne steht unter dem Motto „Prävention beginnt mit Information – Katastrophenvorsorge und die Medien“. Im Oktober veranstaltete das IDNDR-Sekretariat in Genf eine Internet-Konferenz zu diesem Thema. Der besondere Reiz dieser virtuellen Veranstaltung lag darin, daß Experten aus aller Welt ihre unterschiedlichen Sichtweisen und Erfahrungen präsentierten. Die Ergebnisse dieser Konferenz können sie im Internet nachlesen [„www.quipu.net:1998/“].

Gerade die Medien spielen bei der Katastrophenvorsorge eine wichtige Rolle. So sind auch im IDNDR-Vorstand der WDR mit Herrn Thorwarth und das ZDF mit Herrn Dr. Floto vertreten. In der Mitgliederversammlung ist RTL mit Dr. Hofmann, dem Leiter des Bonner Studios, vertreten.

Wir sind uns der Tatsache bewußt, daß die Katastrophenvorsorge an und für sich kein Thema ist, das auf großes Medieninteresse stößt. Wir sehen auch, daß der einzelne Redakteur nicht viel ausrichten kann, wenn die Leitung seines Hauses die Notwendigkeit für eine Berichterstattung über Katastrophen und deren Vorsorge nicht sieht.

Die Katastrophen selbst sind hingegen für die Medien stets von großem Interesse. Spektakuläre Bilder von Vulkanausbrüchen, Erdbeben, Stürmen und Überflutungen sind fester Bestandteil aller Nach-

richtensendungen. Ebenso haben Reportagen über abenteuerliche Hilfsaktionen einen festen Stellenplatz in der Fernsehlandschaft. In diesen Berichten wird das „Human Interest“ angesprochen, ein Kriterium das immer mehr Bedeutung gewinnt.

Besonders in der Katastrophensituation müssen Hilfsorganisationen, Behörden und Medien schnell und effektiv zusammenarbeiten. Teil der Katastrophenvorsorge ist es meiner Ansicht nach, dieses Verhältnis im Vorfeld genau zu bestimmen, und feste Regeln für die Krisenkommunikation zu entwickeln. Ein Vertreter der Stadt Halle, Herr Dölling, wird morgen darlegen, wie sich die Stadt Halle auf die Krisenkommunikation vorbereitet hat.

Dies ist meine letzte Veranstaltung als IDNDR-Vorsitzender. In Zukunft werde ich mich ausschließlich meinen Aufgaben als Bosnien-Beauftragter der Bundesregierung widmen. Ich werde mich aber auch in Zukunft weiterhin für die Belange der Katastrophenvorsorge einsetzen.

Ich wünsche Ihnen und uns eine erfolgreiche Veranstaltung und hoffe, daß wir heute und morgen viele interessante Anregungen bekommen werden, die in unsere tägliche Arbeit einfließen können.

## **Naturkatastrophen und die Medien – Eine Einführung in die Thematik**

**Dr. Hans Peter Peters, Forschungszentrum Jülich**

Die Kampagne des Jahres 1998 der *International Decade for Natural Disaster Reduction* (IDNDR) hat das Motto „Media and Natural Disaster Prevention“. Das Deutsche IDNDR-Komitee hat mich als Kommunikationswissenschaftler im Wissenschaftlichen Beirat gebeten, einen Experten-Workshop zu organisieren, der dieses Motto für die Situation in Deutschland aufgreift.

Die Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik des Forschungszentrums Jülich, in der ich tätig bin, befaßt sich seit einer ganzen Reihe von Jahren mit Risikowahrnehmung, Risikokommunikation und dem Verhältnis von Experten und Medien. Insofern gibt es Anknüpfungspunkte zwischen dem Workshop-Thema und unserer Arbeit. Trotzdem hat mir der Workshop eine Menge Kopfzerbrechen gemacht. Um es etwas vorsichtig auszudrücken: Die Analyse der Rolle der Medien bei Naturkatastrophen gehört nicht gerade zu den Top-Forschungsthemen der deutschen Kommunikationswissenschaft. Zwar gibt es Forschung auf dem Gebiet der Risiko- und Krisenkommunikation – Georg Ruhrmann und Peter Wiedemann werden darüber referieren. Das meiste bezieht sich jedoch auf zivilisatorische Risiken und Katastrophen, und zwar meist auf solche Aspekte, die nicht direkt Relevanz für den Katastrophenschutz besitzen. Auch als Wissenschaftler betreten wir also mit dem Thema des Workshops Neuland.

### **Zum Verhältnis von Massenmedien und Katastrophenschutz**

Beginnen möchte ich mit drei Thesen zum Verhältnis von Massenmedien und Katastrophenschutz:

#### *These 1*

Die Medien sind relevant für den Katastrophenschutz, weil sie (a) potentiell eine wichtige Ressource des Katastrophenschutzes sind und einen einfachen und schnellen Zugang zu großen Bevölkerungsteilen ermöglichen, aber (b) u.U. auch die Bemühungen des Katastrophenschutzes konterkarieren und behindern können.

Um den potentiellen Nutzen der Medien für den Katastrophenschutz zu verdeutlichen, bieten sich drei wichtige Unterscheidungen an:

- zwischen den drei Phasen **Katastrophenvorbeugung**, **akute Katastrophensituation** und **Katastrophengewältigung**,
- zwischen den Zielgruppen **Betroffene** und **Nicht-Betroffene** und den sie bedienenden Medien (regional und überregional), und



- zwischen den Wirkungsebenen **individuell** und **politisch-gesellschaftlich**.

Diese Unterscheidungen spannen das differenzierte Feld möglicher Unterstützung des Katastrophenschutzes durch die Berichterstattung über Katastrophen und Katastrophenschutzthemen auf (vgl. Tabelle).

	<b>Betroffene</b>	<b>Nicht-Betroffene</b>
<b>Katastrophenvorbeugung</b>	<b>Individuell</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Realistische Einschätzung des Risikos</li> <li>– Angemessene Vorsorge</li> <li>– Kenntnis richtigen Verhaltens bei Katastrophen</li> </ul> <b>Politisch-gesellschaftlich</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Politische Priorität von Katastrophenvorsorge</li> <li>– Mitgestaltung des Katastrophenschutzes</li> </ul>	<b>Mobilisierung von Hilfe von außen</b>  <b>Individuell</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Persönliche Initiative</li> <li>– Spendenbereitschaft</li> </ul> <b>Politisch-gesellschaftlich</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Akzeptanz/Unterstützung staatlicher Hilfsmaßnahmen unter Verwendung von Steuergeldern</li> <li>– Prioritäten staatlicher Katastrophenhilfe</li> </ul>
<b>Akute Katastrophensituation</b>	<b>Individuell</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Verbreitung von Warnungen und Entwarnungen/ Beruhigungen</li> <li>– Verbreiten von Verhaltensratschlägen</li> </ul>	
<b>Katastrophengewärtigung</b>	<b>Individuell</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Information über Hilfsangebote</li> </ul> <b>Politisch-gesellschaftlich</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Zuschreibung von Fehlverhalten</li> <li>– Lernen aus der Katastrophe</li> </ul>	

### *These 2*

Medien haben ihre eigenen Ziele, eine eigene Sprache, unterliegen Zwängen und haben Erwartungen. Sie sind deshalb nicht so einfach vom Katastrophenschutz instrumentalisierbar und machen sich dessen Ziele – so gemeinnützig diese auch sein mögen – nicht unbedingt zu eigen. Diese Eigengesetzlichkeit der Medien führt dazu, daß

- die Medienberichterstattung nicht einfach ein Spiegelbild der Wirklichkeit ist und
- Kommunikationsprobleme aufgrund von Mißverständnissen und Zielkonflikten zwischen Katastrophenschützern und Journalisten entstehen können.

Katastrophensituationen sind gekennzeichnet durch einen hohen Informationsbedarf sowohl der betroffenen Bevölkerung als auch der

nicht-betroffenen „Zuschauer“ – und damit der Medien – bei gleichzeitig geringem Informationsangebot. Das führt zu hohen Erwartungen der Medien an den Katastrophenschutz und für diesen dann zu einem Zielkonflikt:

- Eingehen auf die Erwartungen der Medien (z.B. Fahrten ins bzw. Flüge über das Katastrophengebiet, aktive Katastrophenhelfer als Interviewpartner) bindet Ressourcen, die für die direkte Katastrophenhilfe dann nicht mehr zu Verfügung stehen.
- Das Enttäuschen der Erwartungen der Medien wiederum birgt die Gefahr, daß Journalisten ihren Informationsbedarf auf eigene Faust bzw. aus dubiosen Quellen decken und damit Gerüchte und Desinformation in die Welt setzen.

### *These 3*

Das Auseinanderklaffen der Perspektiven von Katastrophenschutz und Medien ist nicht einfach nur eine pathologische Erscheinung. Medien haben verschiedene Aufgaben, die sich von denen des Katastrophenschutzes unterscheiden, und oft genug auch untereinander konkurrieren. Zu diesen Aufgaben gehören beispielsweise:

- Information der Bevölkerung
- Herstellen einer Kommunikationsarena für die öffentliche politisch-gesellschaftliche Diskussion
- Kritik und Kontrolle von Entscheidungsträgern („Vierte Gewalt“)

Welche Funktion jeweils dominiert, ist abhängig vom jeweiligen Medium, der jeweiligen Situation und den jeweiligen Zielgruppen. Am meisten Verständnis für die Belange des Katastrophenschutzes kann man vermutlich von **lokalen Medien** erwarten, die in einer **eindeutigen Notsituation** für ein **betroffenes Publikum** berichten. Die Medien „vor Ort“ konzentrieren sich auf die Erfüllung der Informationsbedürfnisse von konkreten Betroffenen, während bei großem Abstand von der Katastrophenregion die Erwartungen eines imaginären (nur vorgestellten) nicht-betroffenen Publikums als Orientierungsrahmen für die aus der Ferne berichtenden Journalisten wichtiger sind.

### **Schwerpunktsetzung**

Der Workshop greift aus dem Spektrum der im Titel angesprochenen Gesamtproblematik nur einen Ausschnitt heraus:

1. Der Workshop bezieht sich auf **Naturkatastrophen**, während sich der größte Teil der kommunikationswissenschaftlichen Studien mit zivilisatorischen Katastrophen – z.B. Tschernobyl – befaßt. Angesichts wechselnder Risikoprofile und einer immer stärkeren Verknüpfung auch sog. Naturkatastrophen mit zivilisatorischen Ursachen (z.B. Flächennutzung, anthropogen verursachter Klimawandel) wird die Grenze zwischen Naturkatastrophen und zivilisatori-

schen Katastrophen immer unschärfer, die Grenzziehung immer willkürlicher.

2. Die Beiträge beziehen sich im wesentlichen auf **Katastrophen im Inland** und zwar auf die akute Katastrophensituation sowie Katastrophenvorbeugung. Katastrophen im Ausland sowie die ganze Frage der internationalen Katastrophenhilfe bleiben (mit Ausnahme des Beitrags von Susanne Anger vom Deutschen Roten Kreuz) bei diesem Workshop ausgeklammert.
3. Perspektivisch befassen wir uns hauptsächlich mit dem **Informationsangebot** und wie es durch die Interaktion von Katastrophenschützern und Journalisten zustande kommt. Über Informationsnutzung und Informationsbedürfnisse der Betroffenen, die von einer Katastrophe bedroht oder sogar schon Opfer geworden sind, wissen wir dagegen nur wenig. Lediglich der Beitrag von Wolfram Geier versucht, etwas Licht in dieses Dunkel zu bringen.

Diese Schwerpunktsetzung führt zu Lücken in der Behandlung des Themas, die von künftigen Veranstaltungen geschlossen werden müssen.

### **Konzept**

Interessante Diskussionen leben von Spannungen. Unser dramaturgisches Konzept für den Workshop sieht vor, drei verschiedene Gruppen zusammenzubringen:

- Journalisten, die über Katastrophen und Katastrophenvorbeugung berichten,
- Katastrophenschützer im weiteren Sinn, d.h. Vertreter von Hilfsorganisationen, Behörden und Ministerien, die für die Vorbereitung auf und die Bewältigung von Katastrophen Verantwortung tragen, sowie
- Wissenschaftler, die sich in der einen oder anderen Form wissenschaftlich mit Katastrophen befassen, insbesondere zum heutigen Thema natürlich Sozial- und Kommunikationswissenschaftler, die die Kommunikation in solchen Situationen analysieren.

Zwischen diesen Gruppen gibt es zwei potentiell prekäre Beziehungen:

1. Die Beziehung zwischen Theorie und Praxis. Nicht selten kritisieren die Theoretiker die Praxis und werfen umgekehrt die Praktiker den Theoretikern Weltfremdheit vor.
2. Innerhalb der Gruppe der Praktiker sind die Beziehungen zwischen Katastrophenschützern und Journalisten nicht unproblematisch. Katastrophenschützer (und nicht nur sie) tendieren dazu, die Berichterstattung nach ihren Kriterien zu beurteilen, d.h. nach deren förderlichen Wirkung auf die Vorbereitung auf und die Bewälti-

gung von Katastrophen. Für Journalisten dagegen stellen die Katastrophenschützer allenfalls eine von mehreren Anspruchsgruppen dar – neben denen des Publikums, der jeweiligen Zeitung oder des jeweiligen Senders und den Erwartungen der eigenen Profession.

Das Auseinanderklaffen von Perspektiven ist eine Folge der hohen Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft. Sie führt zu hoher Produktivität, erfordert gleichzeitig aber große Anstrengungen, um die verschiedenen Bereiche auch wieder zu integrieren. Dazu will der Workshop beitragen.

Ich hoffe daher darauf, daß der Workshop zu einem besseren gegenseitigen Verständnis der verschiedenen hier vertretenen Gruppen führt, daß Theorie und Praxis voneinander lernen und daß es für alle Anregungen gibt.

# **Massenmedien und Naturrisiken**

## Helfer und Störenfried: Die ambivalente Rolle der Medien bei Naturkatastrophen

Christian Brauner, Risk Management

### 1. Erwartungen und Erfahrungen

Aufgabe der am Katastrophenschutz beteiligten Organisation ist primär, Katastrophen und Großschadenereignisse zu bewältigen. Sekundär – und je nach Gesetzeslage – sind sie auch in die Verhütung beziehungsweise Vermeidung eingebunden, beispielsweise die Feuerwehren im Bereich des vorbeugenden Brandschutzes.

Sieht man von den individuellen Bedürfnissen einzelner Helfer nach „freundlicher und lobender Berichterstattung“ ab, ergeben sich die Erwartungen der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), also zum Beispiel Polizei, Feuerwehr, Sanitätsorganisationen, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk etc. an die Medien aus deren Aufgaben: Sie erwarten, in der Wahrnehmen dieser Aufgaben unterstützt und jedenfalls nicht behindert zu werden.

Diese allgemeine Erwartung läßt sich in folgende Einzelerwartungen differenzieren:

#### *Aufklärung*

BOS erwarten, daß die Medien bei der Aufklärung der Bevölkerung über Gefahren, Risiken, Schutzmaßnahmen und Möglichkeiten der Schadenbewältigung beitragen. Im Ernstfall kann die spezielle Aufgabe der schnellen Information über akute Gefahren und konkrete Handlungsanweisungen hinzukommen; beispielsweise Evakuierungshinweise via Rundfunk oder Verhaltenshinweise in Printmedien, wie es etwa nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl praktiziert wurde.

#### *Investigation*

Die BOS erwarten von den Medien, daß sie entsprechend deren Selbstverständnis als Vierte Macht im Staat gegebenenfalls Mißstände im Zusammenhang mit der Vermeidung und Bewältigung von Katastrophen und Großschadenereignissen aufzeigen; insbesondere dort, wo dies die BOS und deren Vertreter aus politischen Gründen nicht selbst tun können. Weiter wäre zu erwarten, daß die Interaktion von Politik, Wirtschaft, Wissenschaft auch im Zusammenhang mit Katastrophenpotentialen hinterfragt wird.

#### *Kritik*

Sofern eine BOS an sich selbst den Anspruch stellt, sich ständig weiterzuentwickeln und zu verbessern, wird sie von den Medien auch eine kritische Berichterstattung – im Sinne einer „second opinion“ – erwarten. Denn die unmittelbare Klientel der BOS ist dazu in der Regel nicht imstande, weil sich die Beholfenen meist entweder in der

Rolle eben des „dankbaren Opfers“ befinden, oder aber mit der Hilfeleistung unzufrieden sind und dafür – verständlicherweise – immer zunächst die Helfer verantwortlich machen; und zwar auch dann, wenn die Unzulänglichkeiten objektiv nicht im Verantwortungsbereich der jeweiligen Hilfsorganisation liegen.

#### *Kontinuität*

BOS erwarten von den Medien eine kontinuierliche Berichterstattung über ihre Arbeit, da nur dann auch Trends und Entwicklungen und nicht nur Einzelereignisse zum öffentlichen Thema gemacht werden. Aktuelles Beispiel: Die in den vergangenen Jahren erfolgte massive Reduzierung des Katastrophenschutzes in Deutschland ist kein öffentliches Thema – sie wird erst dann zum Thema werden, wenn sie sich anlässlich eines konkreten Ereignisses – tatsächlich oder auch nur vermeintlich -negativ ausgewirkt hat.

Diesen Erwartungen werden die Medien im allgemeinen nicht gerecht. Die tatsächlichen Erfahrungen sind:

#### *Quantität statt Relevanz*

Nach den Erfahrungen der BOS orientieren sich Medien in ihrer Berichterstattung überwiegend am quantitativen Schadenausmaß, also z.B. an der Zahl der Toten oder an irgendwie „rekordverdächtigen“ Schadenssummen. Qualitativen Merkmalen – beispielsweise neuartigen Schadenprozessen – wird kaum Beachtung geschenkt.

Thematisiert wird also nicht, was unter dem Aspekt der Generalprävention lehrreich und nützlich ist oder Gegenstand der politischen Diskussion sein könnte oder sollte, sondern nur, was – aufgrund entsprechender Zahlen – selbsterklärend von allgemeinem Interesse ist: Das Jahrhunderthochwasser macht immer Schlagzeilen – das kleine Hochwasser auch dann nicht, wenn es eindrücklich zeigt, daß die Schadenempfindlichkeit moderner Industriegesellschaften zunimmt.

#### *Populismus statt Investigation*

Die meisten Medien arbeiten mit simplen Klischees. Für sie gibt es bei Katastrophen Opfer und Helfer, von denen manche zu Helden gestempelt werden, sowie die Suche nach dem Schuldigen erfolgreich war. Diese Betrachtungsweise suggeriert, Probleme wie zum Beispiel der Hochwasserschutz, ob am Rhein oder Jangtse, seien einfach lösbar, wenn man es nur richtig mache. Die Medien repräsentieren im Durchschnitt rein lineares Denken; weder zeigen sie Komplexitäten auf, noch helfen sie, diese zu verstehen und mit ihnen umzugehen. Typisches Beispiel: Die meisten Medien reduzieren das komplexe Thema Klimawandel auf die simple Frage, ob es um so mehr Extremwetterkatastrophen geben wird, je mehr Autos fahren. Die tieferen Zusammenhänge, zum Beispiel daß der gesamte Extremwetterschutz wissenschaftsgeschichtlich betrachtet auf der falschen Annahme eines natürlicherweise konstanten Klimas beruht, werden nicht aufgegriffen,

obwohl dies ein – auch nach journalistischen Kriterien – ergiebiges Thema wäre.

#### *Meckern statt kritisch*

Medien lamentieren über Katastrophen und deren Bewältigung – sie üben keine fundierte Kritik. Sie bemäkeln, was offensichtlich nicht funktioniert, erkennen aber zum Beispiel nicht, was im Hintergrund und im Detail falsch gemacht wird. Diese nur oberflächliche Kritik ist nutzlos, weil sie die Kritisierten lediglich verärgert, sie aber nicht anhält, ihre Arbeit zu hinterfragen. Typisches Beispiel ist der Standard-satz in Katastrophen-Berichten. „Im Katastrophengebiet herrschten chaotische Verhältnisse.“ Dieser Satz ist so sinnvoll wie der „Auf dem Fußball-Spielfeld befanden sich 22 Spieler und ein Schiedsrichter“. In Katastrophengebieten herrschen immer chaotische Verhältnisse, weil das Chaos ein wesentliches Merkmal von Katastrophen ist....

#### *Reaktiv statt kontinuierlich*

Die Berichterstattung ist meist reaktiv; sie reagiert auf große Ereignisse, Gesetzesänderungen, Streit zwischen BOS etc. Sie begleitet nicht die Entwicklungen und Prozesse im Katastrophenschutz. Das ist um so bedauerlicher, als sich – gerade zum Beispiel in Deutschland – zwischen den relativ seltenen Ereignissen weitaus „mehr tut“ als in den Ereignissen. Damit wird die notwendige öffentliche Diskussion über die Vorbereitung auf Großschadenereignisse und Katastrophen zumindest erschwert, wenn nicht sogar unterbunden. Es ist schwer, einen Journalisten für Katastrophenschutz-Themen zu gewinnen, so lange gerade keine leibhaftige Katastrophe in Sicht ist.

Neben diesen Enttäuschungen können Medien auch direkt störend sein.

#### *In der Prävention*

In der Zeit vor dem Ereignis trägt die oberflächliche oder fehlende Berichterstattung dazu bei, daß wichtige Themen nicht öffentlich wahrgenommen werden und immer weniger Menschen über das für eine (individuelle) Notfall- und Krisenbewältigung unbedingt notwendige Grundwissen verfügen. Erdbebengefahren in Deutschland sind kein deutsches Medienthema. Eine Folge: Bereits relativ schwache Beben können zu Todesfällen führen, weil sich die meisten Deutschen im Falle eines Bebens genau falsch verhalten würden – nämlich aus dem Gebäude zu flüchten. Sie laufen dann direkt in den Fallbereich von Ziegeln und Schornstein-Teilen.

Die übliche Art und Weise der Berichterstattung (also zum Beispiel die Pflege klassischer Klischees) stört den Risikodialog, weil sie lineares Denken fördert und weiten Kreisen erlaubt, sich ganz aus der Verantwortung zu nehmen. Wie in vielen anderen Bereichen auch wird dadurch die allgemeine Entpolitisierung der Gesellschaft gefördert: Katastrophen und deren Bewältigung wird arbeitsteilig den dafür Zuständigen zugerechnet und nicht als gesellschaftliches Produkt dis-



kutiert. Es wird nur nach den Sicherheits-Verantwortlichen gefragt, nicht aber nach unserer Sicherheits-**Kultur**.

#### *In der Intervention*

Während der Ereignisbewältigung stören Medien – beziehungsweise deren Vertreter – allein schon durch ihre Anwesenheit und indem sie Ressourcen der BOS nutzen oder mitbenutzen. Beispielsweise indem Medienvertreter alle verfügbaren Funktelefon-Kanäle belegen. Diese Störungen ergeben sich aus unzweifelhaft berechtigten Interessen der Medien; sie sind unvermeidbar, könnten aber gemindert werden.

Besonders störend sind verfrühte Ursachendiskussion, weil sie mentale Ressourcen der an der Bewältigung beteiligten Personen blockieren. Dieses Problem tritt hauptsächlich bei technischen Katastrophen auf, ist aber auch bei Naturkatastrophen zu beobachten.

#### *In der Postvention*

Nach erfolgreicher Gefahrenabwehr kommt die Phase der Postvention, also des Wiederaufbaus und der Nachbearbeitung, mit dem Ziel, aus dem Ereignis und seiner Bewältigung zu lernen, um gleiche Ereignisse künftig besser vermeiden oder wenigstens besser bewältigen zu können. Naturgemäß liegen die Ergebnisse dieser Arbeit erst in einigem zeitlichen Abstand zum eigentlichen Ereignis vor und können sich dann nicht mehr gegen die jeweils aktuellen Themen durchsetzen. Hier „stören“ die Medien, indem sie den Neuigkeitswert generell über die Relevanz einer Nachricht stellen. Im Zweifelsfall berichten Medien lieber über eine neue Katastrophe, zu deren Hintergründen noch nichts zu sagen ist, als über die Hintergründe einer „alten“ Katastrophe.

## **2. Strukturelle Ursachen**

Die Ursachen für diese Enttäuschungen und Störungen sind vielfältig und selbstredend auch auf Seiten der BOS zu suchen. Einige Ursachen verdienen besondere Aufmerksamkeit, weil sie zugleich deutlich machen, daß die zuvor beschriebenen Probleme nicht an einzelne Personen, sondern an das Mediensystem gebunden sind.

Wünschenswert – wer wollte das bestreiten – wäre, daß Medienvertreter konstruktiv zur Gesellschaftsgestaltung beitragen, indem sie erklärend, aufdeckend, kritisierend gesellschaftliche Prozesse begleiten. Das erfordert Denkarbeit. Denken aber braucht Zeit – und genau die ist Journalisten systemimmanent nicht gegeben. Der durchschnittliche Journalist kann gar nicht die Qualität liefern, die er selbst gerne liefern würde. Er hat keine Zeit, sich in Themen einzuarbeiten, Zusammenhänge zu suchen, zu verstehen und zu hinterfragen. Zeitgedrückt und notgedrungen klammert er sich an Klischees, die alle verstehen können – um nicht Unverständliches zu produzieren, das zu erklären Zeit und Aufwand verlangt. Der Journalist **muß** schreiben, sprechen oder Bilder zeigen, bevor er darüber nachdenken **kann**.

Kommt als zweites Problem hinzu, daß keine (!) journalistische Tätigkeit zwingend eine Ausbildung und schon gar nicht einen Ausbildungsnachweis voraussetzt. Ob Redakteur oder Reporter: Trotz der hohen Bedeutung der Medienarbeit und der bekannt hohen gesellschaftlichen Wirkung gibt es – außer Verkaufszahlen und Quoten – kein objektives Qualitätskriterium für Medienarbeit. Das macht es möglich, daß schlechte Einzelarbeit ungehindert und ohne Konsequenzen für ihren Urheber weiteste Verbreitung finden kann.

#### *Selbstverständnis*

Hinter der Redewendung von den Medien als Vierter Macht im Staate steht die Idee, daß diese Kontrolle über die drei anderen Mächte – Legislative, Exekutive und Jurisdiktion – ausübt. Dahinter steht die grundsätzliche Idee der Macht- oder Gewaltenteilung und der (gegenseitigen) Kontrolle. Also stellt sich die Frage: Wer kontrolliert die Medien? Die Problematik ist bekannt: Mit jeder (staatlichen) Kontrolle droht die Einschränkung der grundgesetzlich garantierten Pressefreiheit. Die Folge: Um das große Übel des Mißbrauchs zu meiden wird das kleinere Übel der Nicht-Kontrolle in Kauf genommen. De facto sind die Medien die einzige nicht kontrollierte Macht im Staate.

#### *Mangelnde Sachkenntnis*

Die vielleicht wichtigste Ursache für die vorgenannten Probleme mag in der unzureichenden Sachkenntnis liegen, wobei diese allerdings eng mit den strukturellen und Zeitproblemen verknüpft ist: Medienvertreter werden weder angehalten, noch systematisch darin unterstützt, sich Sachkenntnis zu erwerben.

Mit Sachkenntnis ist dabei nicht das Beherrschen von Terminologien gemeint. Es ist unbedeutend, wenn ein Löschgruppenfahrzeug als Feuerwehrauto mit Leiter bezeichnet wird. Viel wichtiger ist Sachkenntnis über Katastrophen an sich, über ihre Eigenschaften und Merkmale, ihre Ursachen und ihre Bewältigung, was mehr ein Nachdenken über Phänomene und Zusammenhänge als das Auswendiglernen) faktischen Wissens voraussetzt.

Beispiel: Üblicherweise vergleichen Journalisten, wenn sie über Katastrophen und Großschadenereignisse berichten, Unnormalitäten mit Normalitäten. Um über die Ereignisse fundiert berichten zu können, müßten sie aber die aktuelle Unnormalität mit anderen Unnormalitäten vergleichen. Als nicht Hochwasser mit Normalwasser, sondern das eine Hochwasser mit vielen anderen. Erst dann nämlich wird erkennbar, wodurch sich der spezielle Fall von anderen unterscheidet, welche Schutz- und Bewältigungsmaßnahmen erfolgreich waren und welche fehlschlügen usw.

Zur richtigen Sachkenntnis gehört unter anderem auch, die Grenzen des Katastrophenschutzes (und damit der staatlichen Fürsorge!) zu kennen, also zum Beispiel eine Auseinandersetzung und Vertrautheit mit der Triageproblematik. Dies bedeutet nicht, daß das Triageprinzip

gut geheißen werden soll – vielmehr wäre wünschenswert, daß es die Medien kritisch hinterfragen. Dazu muß man diese Problematik aber erst einmal erkannt haben...

### **Lösungsansätze**

Der generelle Lösungsansatz heißt Zusammenarbeit; das ist banal. Was aber sind wichtige Voraussetzungen für eine bessere Zusammenarbeit?

#### *Gegenseitiges Rollenverständnis*

Beide Seiten – oder besser: alle Beteiligten – müssen sich über ihr jeweils eigenes Rollenverständnis und die Erwartung gegenüber den anderen austauschen. Schlicht und einfach also: Miteinander reden – dies aber nicht in, sondern vor der Katastrophe.

#### *Logistische Absprachen*

Bei Katastrophen und Großschadenereignisse haben Medien und BOS grundsätzlich die gleichen logistischen Probleme; zum Beispiel im Bereich der Kommunikation. Sinnvoll wäre, sich zuvor abzusprechen, wie diese Probleme gelöst werden können. Hier könnte sogar der Gesetzgeber gefragt sein. Warum nicht einen speziellen Presseausweis einführen, der Journalisten den Zugang zu und das freie Bewegen in Katastrophengebieten garantiert – sofern sie sich an bestimmte Regeln halten, deren Kenntnis durch eine Prüfung nachzuweisen ist. Diese Regeln beziehungsweise das nötige Grundwissen für richtiges Verhalten an Einsatzstellen – ohne sich oder andere zu gefährden – ließe sich in einem Eintagesseminar vermitteln.

#### *Aufbau getrennter Ressourcen*

In speziellen Bereichen wird man über getrennte Ressourcenquellen nachdenken müssen. Die BOS fordern Vorrangeinrichtungen für den Funktelefonverkehr. Jede Wette, daß die Medien darauf reagieren werden, indem sie sich entsprechende Geräte oder Codes beschaffen. Wäre da nicht sinnvoller, auch Medien Vorrangberechtigungen einzuräumen, ihnen aber andere Ressourcen zur Verfügung zu stellen, z.B. satellitengestützten Funk.

#### *Sachkenntnis erwerben*

Wenn von den Medienvertretern erwartet wird, daß sie Sachkenntnis erwerben, muß auch gesagt werden, welche Inhalte gemeint sind und wer sie vermittelt. Die Vermittlung kann (muß nicht) Aufgabe der BOS selbst sein. Denkbare Inhalte wären Bedeutung von und Arbeiten mit Begriffen wie

- Risiko
- Wahrscheinlichkeit
- Katastrophe
- Ursachen-Wirkungsgeflecht

und die Auseinandersetzung mit Themen wie

- Aufgaben und Zuständigkeiten der BOS national / international
- Prinzipien des Katastrophenschutzes
- Möglichkeiten und Grenzen der Notfall- und Katastrophenhilfe.

Wissen allein wird nicht genügen. Ein Journalist, der zum ersten Mal Augenzeuge eines Großschadenereignisses ist, wird von den Eindrücken genauso überrascht und belastet wie jeder andere Mensch auch. Niemand kann, wenn er das erste Mal hautnah eine Katastrophe erlebt, hinreichend Distanz wahren, um „objektiv“ zu berichten. (Es sei denn, das eigene Erleben ist Gegenstand des Berichtens). Man erwartet ja auch von niemandem, der zum ersten Mal in seinem Leben ein Fußballspiel sieht, daß er dieses erfahren und sachkundig zu kommentieren vermag.

Ein weiterer Schritt könnte deshalb darin bestehen, Journalisten ausbildungsweise und gezielt mit Katastrophengeschehen vertraut zu machen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, Erfahrungen mit Extremsituationen und Unnormalitäten zu machen.

All dies zusammengefaßt mündet letztlich in dem Wunsch (in der Forderung?) nach Fachjournalisten für Katastrophenthemen. Wenn man bedenkt, welche Qualitäten, welches Wissen und welche Erfahrung von einem Sportjournalisten verlangt wird, der für die ARD von Olympischen Spielen berichtet, muß eigentlich erstaunen, daß Berichte über Katastrophen und Großschadenereignisse beziehungsweise über die Arbeit von BOS immer noch typische Volontärsthemen sind.

### **3. Medien als Helfer oder als Störenfried?**

Medien stören im negativen Sinne, wenn sie ihre Arbeit allein auf die Ereignisse fokussieren, wenn sie den Helfern zwischen den Beinen herumlaufen, im Weg stehen und am falschen Ort zur falschen Zeit die richtige Frage stellen. Sie stören, wenn sie Bemühungen um einen gesamtgesellschaftlichen Risikodialog vereiteln, indem sie einfachen Klischees das Wort reden und genau jene aus der Verantwortung reden, die für sie am wichtigsten sind: ihre Leser, Zuschauer, Zuhörer. Eine Auseinandersetzung mit Katastrophen verlangt auch eine Auseinandersetzung mit der Risikoignoranz und dem politischem Desinteresse der Bevölkerung, die ihren eigenen Anteil an Ursachen von Katastrophen wie auch an den Möglichkeiten ihrer Bewältigung nicht mehr erkennt.

Medien helfen bei der Generalprävention, indem sie Zusammenhänge aufzeigen. Sie helfen den Helfern, indem sie sie kritisieren und (wirklich) Falsches aufzeigen. Und ihnen damit Rückendeckung bei der Forderung nach Ressourcen fürs Lernen, Ausbilden und auch Forschen geben. Medien helfen, indem sie einen öffentlichen Druck auf den Katastrophenschutz aufbauen, seine Leistung zu steigern.

Und Medien sollen stören: nämlich den Frieden, der so kurz nach der Katastrophe wieder einkehrt und gerne dauert, bis das nächste Mal etwas passiert.

All dies setzt voraus, daß Katastrophen nicht mehr nur als spektakuläre Ereignisse, sondern als Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse und damit auch als Ausdruck unserer Kultur verstanden werden. Jede Gesellschaft hat die Katastrophen, die sie sich macht.

Wird dem Thema Katastrophenschutz mehr Beachtung geschenkt, wird sich der Rest schon von selbst richten. Wer dabei mangelndes Interesse der Medien-Kunden befürchtet, sollte bedenken: Thema ist immer, was die Medien zum Thema machen. Oder stand in einer Zeitung schon einmal etwas, das nicht von Interesse war?

## Umgang der Medien mit Naturkatastrophen

Prof. Dr. Georg Ruhrmann, Universität Jena

Was die Öffentlichkeit über Katastrophen weiß, erfährt sie nicht aus direkter Anschauung oder durch Hörensagen. Sie nimmt die krisenhaften Zwischenfälle über Nachrichten in Presse, Rundfunk oder im Internet zur Kenntnis. Diese Form der Risiko- bzw. Krisenkommunikation wurde in den letzten zwanzig Jahren nur ansatzweise analysiert (vgl. Ruhrmann 1996; Ruhrmann & Kohring 1996; Ruhrmann & Kohring 1997). Der Umgang von Journalisten mit Katastrophen als unvorhersehbaren Ereignissen mit gravierenden Schadensfolgen wird häufig kritisiert – aus Sicht der Medien- und Kommunikationswissenschaft allerdings bisweilen zu Unrecht. Ziel der nachfolgenden Ausführungen ist es

1. Forschungsdefizite benennen
2. Auswahlprinzipien der Medien zu diskutieren
3. und Forschungsperspektiven darzustellen.

### 1. Forschungsdefizite

Die Kommunikations- und Medienwissenschaft versteht unter Journalismus einen gesellschaftlichen Arbeitsbereich, der mit Hilfe eigener Organisationen unter professionellen Bedingungen Informationen für nicht näher bestimmbare Publika herstellt. Diese Informationen gewinnt er durch die Beobachtung potentiell jedes gesellschaftlichen Bereichs wie beispielsweise Politik, Wirtschaft oder Militär. Dabei ist zu berücksichtigen, daß Journalisten nicht einfach Informationen weiterleiten oder transportieren. Die moderne Medienwissenschaft nimmt vielmehr an, daß Medien bzw. Journalisten ihre Informationen nach eigenen, *journalismusspezifischen* Kriterien gewinnen (vgl. Görke & Kohring 1996). Diese Kriterien basieren auf ökonomisch-technischen Bedingungen und auf spezifischen Medienhandlungsschemata, mit der Auswahl und Gestaltung von Form und Inhalt der Medienausagen organisiert werden (vgl. Schmidt & Weischenberg 1994).

Die vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Katastrophenberichterstattung weisen erhebliche Defizite auf. Häufig finden sich in der Literatur Ansätze, die eine nur alltagssprachliche Vorstellung von Journalismus und Medien vertreten. Meistens fehlt es schon an einer klaren Definition von 'Massenmedien' oder 'Journalismus'. Außerdem sind Unterschiede und Übergänge von Risiken und Gefahren in Technik und Gesellschaft nicht hinreichend beschrieben (vgl. Luhmann 1991; Hiller 1994; Ruhrmann 1998a). Wir halten es daher für notwendig, die Berichterstattung über Katastrophen- und Krisenkommunikation aus der Sicht einer anspruchsvollen medienwissenschaftlichen und journalismustheoretischen Perspektive zu analysieren. Nur so kann Klarheit darüber gewonnen werden, welche Stellung

---

Medien und Journalismus im gesamten Prozeß der Risiko- und Krisenkommunikation zukommt. Nur so können auch angemessene Empfehlungen bzw. Therapien für das Verhältnis von Krisenkommunikation, Medien und Journalismus formuliert werden.

## 2. Auswahlprinzipien der Medien

Medienberichterstattung in Katastrophensituationen wird zumeist daraufhin untersucht, welche *Informationsquellen* sie benutzt, nach welchen *Selektionskriterien* sie Informationen auswählt und welches *Katastrophen'bild'* sie daraufhin zeichnet. Meistens wird dann gefragt, ob die Berichterstattung *ausgewogen* oder *sensationalistisch* ist und welche *Wirkungen* sie auf die *Rezipienten* (das Publikum) hat. Die Praxis ist vor allem an den negativen oder positiven *Auswirkungen*, die die Berichterstattung für das aktuelle *Katastrophenmanagement* hat, interessiert.

Die Ergebnisse von Studien deuten darauf hin, daß sich die Medien gerade in Katastrophensituationen nicht einseitig auf bestimmte Informationsquellen verlassen (vgl. Ruhrmann & Kohring 1996; Ruhrmann & Kohring 1997). Zwar suchen Journalisten im Moment der Katastrophe bevorzugt nach offiziellen staatlichen *Quellen*, die ihnen erste Informationen geben können. Sie beschränken sich allerdings nicht auf diese Quellen, sondern versuchen sie mit anderen Informationsquellen zu kontrastieren. Zudem wurde festgestellt, daß die journalistische Bewertung von katastrophalen Ereignissen sich *nicht an wissenschaftlichen Kriterien* ausrichtet. So wird z.B. möglichen Schäden durch die Atomtechnologie (Three Mile Island) mehr Aufmerksamkeit gewidmet als den Schäden, die z.B. durch ein Erdbeben auftreten. Wahrscheinlichkeitsberechnungen oder der Vergleich von Technologien anhand jährlicher Todesopfer sind nicht entscheidend für die journalistische Selektion und Bewertung von katastrophalen Ereignissen. Diese Nichtübereinstimmung führt oft zu der Bewertung, daß die Medienberichterstattung die Realität verzerre (vgl. Ruhrmann 1998b) und zu einer sensationalistischen Darstellung von Ereignissen neige.

Am Beispiel der Berichterstattung über Kernkraftwerksunfälle wird andererseits festgestellt (vgl. Singer 1990; Singer, Endreny & Glassman 1991), daß Medien weder unausgewogen berichteten noch das Ereignis in sensationalistischer Manier darstellten. Manche Studien sehen das eigentliche Problem in der ungenügenden staatlichen Informationspolitik; andere attestieren der Berichterstattung sogar eine beruhigende und positive Grundstimmung. Wieder andere Autoren sehen die Intention von Journalisten darin, nach Katastrophen die soziale Ordnung wiederherzustellen.

### 2.1 Erwartungen an die Medien

Die widersprüchlichen (hier nur exemplarisch skizzierten) Ergebnisse der Forschung haben ihren Ursprung letztlich darin, daß *unangemessene Erwartungen an Journalismus und Medien* herangetragen werden (vgl. Dunwoody & Neuwirth 1991; Görke & Kohring 1996). Wird die Berichterstattung ausschließlich an wissenschaftlichen (bzw. durch die Wissenschaft aufgestellten) Kriterien oder *Kriterien des Krisenmanagements* gemessen, muß sie als mangelhaft erscheinen. Journalismus wird in diesem Zusammenhang auch oft vorgeworfen, nur aktuell, also *ereignisbetont* zu berichten. Dadurch vernachlässigt er nichtspektakuläre gesellschaftliche Veränderungen wie z.B. die zeitlich langfristigen Nach- und Nebenfolgen von Katastrophen, aber auch die schleichende Glaubwürdigkeitskrisen bei wiederholten Katastrophen, die als Risiko einem Entscheider zugerechnet werden.

Diagnosen dieser Art haben zumindest eines gemeinsam: Sie messen und bewerten die journalistische Berichterstattung an ihren selbst formulierten, *eigenen* Kriterien. Sie ignorieren damit vollständig, daß es auch andere Kriterien gibt, an denen man die journalistische Berichterstattung messen kann. In der modernen Journalismus- und Medientheorie geht man allerdings davon aus, daß die journalistischen Kriterien der Selektion und Darstellung eine *eigenständige gesellschaftliche Funktion* von Medien und bedeutsame Leistungen für andere gesellschaftliche Teilsysteme bedeuten. Mit anderen Worten: Medien und Journalismus können nicht *primär* an den Kriterien einzelner gesellschaftlicher Bereiche wie z. B. Politik oder Wissenschaft (vgl. Bruns u.a. 1996; Kohring 1998) gemessen und bewertet werden.

Diese gesellschaftliche Funktion – für die Journalismus bzw. Medien sozusagen zuständig sind – kann man allgemein in der *aktuellen Herstellung einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit*, oder abstrakter: *der aktuellen Selbstbeschreibung der Gesellschaft* sehen (vgl. Kohring 1997; Görke 1999). Journalismus ist daher nicht in der Lage, sich einseitig an der Rationalität bestimmter gesellschaftlicher Teilbereiche auszurichten. Durch seine Selektionsweise kann er die Rationalität dieser Teilbereiche (z.B. Wissenschaft oder staatlicher Katastrophenschutz) sogar in Frage stellen. Daß diese einzelnen gesellschaftlichen Bereiche darauf mit scharfer Kritik reagieren, ist auf den ersten Blick verständlich. Diese Kritik entpuppt sich aber bei näherem Hinsehen als bloße Selbstbehauptungsstrategie. Natürlich schließen wir nicht aus, daß Medien ein aktuelles Krisenmanagement konkret unterstützen können. Man sollte sich aber auch hier von der Vorstellung lösen, Medien als Informationstransporteur des Krisenmanagements zu verstehen.

### 2.2 Übersteigerte Medienwirkungsannahmen

Die oft fast hysterisch zu nennende Reaktion auf die Medienberichterstattung beruht auch auf sehr robusten Medienwirkungsannahmen, die das Publikum immer wieder als passives Opfer journalistischer Mani-



pulationsstrategien sehen (vgl. Ruhrmann, Kollbeck & Möltgen 1996; Brosius & Esser 1998). So wird sogar die Gefahr der *Unterdrückung der Medienfreiheit* gegen die Gefahr der desinformierenden und damit angsterzeugenden *Manipulation der Bevölkerung* durch gewisse Medien aus ideologischen oder kommerziellen Gründen abgewogen. Eine solche Argumentation muß natürlich davon ausgehen, selbst über die einzig korrekte Version der Geschehnisse zu verfügen. Gerade weil dieser Anspruch illusionär ist, ist die Möglichkeit journalistischer Berichterstattung, als Korrektiv einseitiger Situationsdefinitionen zu wirken, aufrechtzuerhalten. Dies schließt Kritik am Journalismus selbstverständlich nicht aus.

Zudem sollten Vorstellungen korrigiert werden, welche die *aktive Rolle* des Publikums bei der Rezeption der Medienberichterstattung generell ignorieren (vgl. Brosius 1995; Ruhrmann 1994a). Unerwünschten Folgen der Berichterstattung für das aktuelle Krisenmanagement kann durch eine verbesserte Informationsarbeit der Krisenstäbe begegnet werden. Die Zentralisierung der Informationsarbeit gilt hier als Standardempfehlung, führt aber nicht zu einer vollständigen Kontrolle der Berichterstattung oder per se zu einer höheren Glaubwürdigkeit des Krisenmanagements. Experten empfehlen sogar Zurückhaltung bei der Zentralisierung, wenn diese schon bestehende Kommunikationsstrukturen außer acht läßt. Jedem Krisenmanagement wird empfohlen, den Kommunikationsbeziehungen zu den Massenmedien eine sehr hohe Priorität zuzumessen (vgl. Ruhrmann & Kohring 1996). Peter Brazier vom Central Office of Information, Regional Services and Emergency Planning, UK, berichtet über den Einsatz einer Art Presseoffizier an der Front (vgl. Brazier 1991). Er koordiniert die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen des Krisenmanagements und den Massenmedien. Brazier erkennt ausdrücklich an, daß sich die Massenmedien zuerst an den Interessen ihres Publikums ausrichten. In diesem Sinne legen auch Studien aus der Journalistik und der Medienwissenschaft nahe, sich auf die spezifischen Selektionskriterien der Journalisten einzustellen (vgl. Hug 1997; Görke 1999).

### 2.3 *Medienberichterstattung, Medienwirkung und Akzeptanz staatlicher Kommunikation*

Mehrfach wurde betont, daß Akzeptanz ein Produkt langfristiger Kommunikationsprozesse im *Vorfeld* von Entscheidungen bzw. Katastrophen ist (vgl. Ruhrmann & Kohring 1996). Journalisten kann man sich in diesem Zusammenhang als professionelle Beobachter dieser Kommunikationsprozesse vorstellen. Durch ihre Berichterstattung stellen sie für bestimmte Themen Öffentlichkeit her, die von den anderen Gesellschaftsbereichen nicht ignoriert werden kann. Der Druck der öffentlichen Meinung kann durchaus krisenhafte Lagen herbeiführen (vgl. Ruhrmann 1994b). Journalismus bzw. Medien treten dabei in komplexe gegenseitige Wirkungsbeziehungen mit anderen Gesell-

schaftsbereichen ein (vgl. Bruns u.a. 1996; Ruhrmann & Nieland 1997; Bruns 1998). Oft werden in wissenschaftlichen Studien aber noch *monokausale* Wirkungsannahmen (in beide Richtungen) unterstellt. Diese Annahmen sind aus der Sicht einer modernen Medien- und Journalismustheorie zurückzuweisen (vgl. Görke & Kohring 1996; Kohring 1997; Scholl & Weischenberg 1998). Da staatliche Kommunikation zu einem großen Teil durch Massenmedien vermittelt wird, kommt der Beziehung zwischen Staat und Medien eine nicht unwesentliche Rolle zu. Wir empfehlen, daß staatliche Kommunikationspolitik prinzipiell *auf die medienspezifischen Selektionskriterien eingeht*. Sie sollte die Medien quasi als Vertreter einer größeren gesellschaftlichen Öffentlichkeit verstehen. Selbst der gelungene Versuch, die Medienberichterstattung den eigenen Interessen und Entscheidungsrationaltäten anzupassen, führt nicht zu mehr Glaubwürdigkeit des jeweiligen Kommunikators, in diesem Fall der staatlichen Behörden. Die Akzeptanz staatlicher Kommunikation *in* Katastrophen ist vor allem dann gefährdet, wenn sie Informationen zurückhält oder zu beschwichtigen versucht. Dies führt bei Journalisten zu Mißtrauen und zu dem Versuch, staatliche Informationen mit der Hilfe nicht-staatlicher Informationsquellen zu kontrastieren. Daher sollte die Bedeutung der Medienberichterstattung für die Akzeptanz von Risiken bzw. staatlicher Kommunikation *nicht überbewertet* werden sollte. Medien richten sich gerade in Krisensituationen letztlich an *Ereignissen* aus, die sie nach bestimmten Kriterien auswählen und aus Komplexitätsgründen auf Handlungen und Handlungsträger, einfache Ursachen, Zeitabläufe und Folgen reduzieren (vgl. Ruhrmann 1993; Ruhrmann 1994a; Brosius 1995).

Die Gründe für eine kritische Berichterstattung über Katastrophen und deren gesellschaftliches Konfliktpotential liegen *nicht primär* im Verhältnis von Staat und Medien begründet. Sie lassen sich von daher auch nicht allein durch eine verbesserte Informationsarbeit abstellen. Medien antizipieren *und* reagieren gleichermaßen auf gesellschaftliche Konfliktereignisse wie z.B. Streiks, Demonstrationen etc. (vgl. Kohring, Görke & Ruhrmann 1996; Hug 1997). Es ist keine unübliche Taktik von Konfliktbeteiligten, die Medien selbst für den Konflikt verantwortlich zu machen (vgl. Ruhrmann 1995). Der Problematik gesellschaftlicher Risiko-Konflikte wird eine solche Taktik allerdings wohl kaum gerecht werden. Akzeptanz für seine Kommunikation werden staatliche Organisationen nur dadurch herstellen können, daß sie sich den Konflikten selbst stellen – nicht dadurch, daß sie die Medienberichterstattung kritisieren oder gar eine moralisierende Medienschelte betreiben. Eine verbesserte Kommunikationsbeziehung mit den Journalisten ist sicherlich hilfreich für die Akzeptanz staatlicher Kommunikation; sie ersetzt allerdings nicht konkrete politische Maßnahmen.

Die Befunde lassen sich in drei Thesen zusammenfassen:

**These 1:** Die journalistische Berichterstattung hat eine *erhebliche Relevanz* für die Akzeptanz staatlicher Risiko- und Krisenkommunikation.

**These 2:** Aus staatlicher Sicht sind *Kommunikationsstrategien* für den Umgang mit den Massenmedien wichtig. Im Hinblick auf die Akzeptanz des Staates können sie aber *keinesfalls politische Entscheidungen ersetzen*.

**These 3:** Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht ist der Zusammenhang zwischen staatlicher Risiko- und Krisenkommunikation und journalistischer Berichterstattung in Massenmedien *weder theoretisch noch empirisch auch nur annähernd geklärt*. Hier besteht ein erheblicher Forschungsbedarf.

### 3. Perspektiven für die weitere Forschung

Welche Forschungsperspektiven ergeben sich aus den formulierten Forschungsdefiziten und Thesen? Risiken, Störfälle und Katastrophen lassen sich als prominentes Thema der aktuellen Medienberichterstattung identifizieren. Wesentlicher Auslöser für Analysen der Risikoberichterstattung war der Vorwurf, die Massenmedien berichteten "einseitig" über die "negativen" Folgen von Technologien – gerade das Fernsehen würde die Folgen von Großunfällen und Naturkatastrophen sensationalisieren und wäre gar, wie anlässlich der Überschwemmung von Rhein und Mosel aber auch beim Oderhochwasser behauptet, für Phänomene wie den Katastrophentourismus direkt verantwortlich. Daß die Funktion dieser Risikokommunikation darin bestehen könnte, die Gesellschaft zu alarmieren, sie ständig in Bereitschaft zu halten, mit (eigentlich unwahrscheinlichen) Katastrophen zu rechnen, ja sie zu irritieren und die Lernbereitschaft- und -fähigkeit zu erhöhen, wurde indes nicht zum Thema der öffentlichen Mediendiskussion. Eine erhebliche Relevanz der journalistischen Berichterstattung in Massenmedien für die staatliche Risiko- und Krisenkommunikation ist festzustellen (vgl. These 1). Der Zusammenhang zwischen massenmedialer Berichterstattung und (der Akzeptanz) staatlicher Risiko- und Krisenkommunikation ist unserer Ansicht nach nur ungenügend geklärt. Das gilt auch für die massenmediale Berichterstattung über gesellschaftliche Konfliktthemen (vgl. Ruhrmann 1995; Kohring, Görke & Ruhrmann 1996; Hug 1997). Darüberhinaus gilt: theoretische Konzepte staatlicher Kommunikationspolitik müssen auf ein Niveau gehoben werden (vgl. Ruhrmann & Kohring 1996; Ruhrmann & Kohring 1997), das über die Formulierung von 'zehn goldenen Kommunikationsregeln' hinausgeht. Die Orientierung an bloßen Regeln macht staatliche Kommunikation unflexibel: Bei Abweichungen vom Idealmodell fehlt das Hintergrundwissen, um sich kreativ auf neue Kommunikationssituationen und die Möglichkeiten der neuen Medien (vgl. Ruhrmann & Nieland 1997) einzustellen.

Die in der Literatur anzutreffenden Vorstellungen über Massenmedien und Journalismus sind aus Sicht einer modernen Journalismus- und Medientheorie als überwiegend unzureichend zu bezeichnen. Hier besteht ein erheblicher Forschungsbedarf. Im Sinne des Agenda-Setting-Ansatzes wäre es z.B. sinnvoll, die Korrelation zwischen *Mediennutzung* und *-rezeption* und den *Akzeptanzeinstellungen* der Rezipienten über einen längeren Zeitraum zu überprüfen. Die wichtigste Frage an eine derartige Studie würde lauten: Inwieweit besteht ein Zusammenhang zwischen der aktuellen Katastrophenberichterstattung der Massenmedien, speziell des Fernsehens, der Rezeption der Programme (vgl. Ruhrmann & Woelke 1998), der politischen Diskussion und der öffentlichen Meinung zum Thema Katastrophen? Diese Frage ist nur ein Beispiel für die notwendige Grundlagenforschung. Erst ihr gelingt es, unabhängig vom Zeitdruck in Krisen eine analytische Perspektive zu entwickeln und anschließend für die Medienpraxis in Katastrophensituationen fruchtbar zu machen.

#### 4. Literatur

- Brazier, P. (1991): Informing the public. The media factor. In: Keller, A.; Wilson, H.C. (Hg.): Emergency planning in the 90's. Bradford, S. 149-167.
- Brosius, H.-B.; Esser, F. (1998): Mythen in der Wirkungsforschung: Auf der Suche nach dem Stimulus-Response-Modell. In: Publizistik 43, S. 341-361.
- Brosius, H.-B. (1995): Alltagsrationalität in der Nachrichtenrezeption. Ein Modell zur Wahrnehmung und Verarbeitung von Nachrichteninhalten. Opladen.
- Bruns, T. (1998): Veränderungen der Gewaltberichterstattung im politischen Informationsprogramm des öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen von 1986-1994. Eine Längsschnittanalyse. Köln.
- Bruns, T.; Marcinkowski, F.; Nieland, J.-U.; Ruhrmann, G.; Nieland-Schierl, T. (1996): Das analytische Modell. In: Schatz, H. (Hg.): Fernsehen und sozialer Wandel. Faktoren und Folgen der aktuellen Veränderungen des Fernsehens. Opladen, S. 19-56.
- Dunwoody, S.; Neuwirth, K. (1991): Coming to Terms with the Impact of Communication on Scientific and Technological Risk Judgments. In: Wilkins, L.; Patterson, P. (Hg.): Risky Business. Communicating Issues of Science, Risk, and Public Policy. New York, London, S. 11- 30.
- Görke, A.; Kohring, M. (1996): Unterschiede, die Unterschiede machen: Neuere Theorienentwürfe zu Publizistik, Massenmedien und Journalismus. In: Publizistik, 41. Jg., S. 15-31.
- Görke, A. (1999): Risikojournalismus und Risikogesellschaft. Sondierung und Theorienentwurf. Opladen.

- 
- Hiller, P. (1994): Risiko und Verwaltung. In: Dammann, K.; Grunow, D.; Japp, K. P. (Hg.): Die Verwaltung des politischen Systems. Mit einem Gesamtverzeichnis der Veröffentlichungen Niklas Luhmanns. Opladen, S. 108-125.
- Hug, D. (1997): Konflikte und Öffentlichkeit. Zur Rolle des Journalismus in sozialen Konflikten. Opladen.
- Kohring, M. (1997): Die Funktion des Wissenschaftsjournalismus. Ein systemtheoretischer Entwurf. Opladen.
- Kohring, M. (1998): Der Zeitung die Gesetze der Wissenschaft vorschreiben? Wissenschaftsjournalismus und Journalismus Wissenschaft. In: Rundfunk und Fernsehen, 46. Jg., S. 175-192.
- Kohring, M.; Görke, A.; Ruhrmann, G. (1996): Konflikte, Kriege, Katastrophen. In: Meckel, M.; Kriener, M.; Rullmann, A. (Hg.): Internationale Kommunikation. Eine Einführung. Opladen, S. 283-298.
- Luhmann, N. (1991): Soziologie des Risikos. Berlin, New York.
- Ruhrmann, G. (1993): Ist Aktualität noch aktuell? Journalistische Selektivität und ihre Folgen. In: Löffelholz, M. (Hg.): Krieg als Medienereignis. Grundlagen und Perspektiven der Krisenkommunikation. Opladen, S. 81-96.
- Ruhrmann, G. (1994a): Ereignis, Nachricht und Rezipient. In: Merten, K.; Schmidt, S.; Weischenberg, S. (Hg.): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen, S. 237-256.
- Ruhrmann, G. (1994b): Öffentliche Meinung. In: Dammann, K.; Grunow, D.; Japp, K.P. (Hg.): Die Verwaltung des politischen Systems. Mit einem Gesamtverzeichnis der Veröffentlichungen Niklas Luhmanns. Opladen, S. 40-52.
- Ruhrmann, G. (1995): Ist Konsens noch vermittelbar? Akzeptanz, Glaubwürdigkeit und Risiken öffentlicher Konfliktvermittlung. Gelsenkirchen.
- Ruhrmann, G. (1996): Öffentlichkeit, Medien und Wissenschaft. Was leistet Risikokommunikation? Bonn.
- Ruhrmann, G.; Kohring, M. (1996): Staatliche Risikokommunikation bei Katastrophen. Informationspolitik und Akzeptanz. Bonn.
- Ruhrmann, G.; Kollbeck, J.; Möltgen, W. (1996): "Fremdverstehen". Medienberichterstattung, Fremdenfeindlichkeit und die Möglichkeit von Toleranzkampagnen. In: Publizistik, 41. Jg., S. 33-50.
- Ruhrmann, G.; Kohring M. (1997): Akzeptanz staatlicher Kommunikation in Katastrophen und Medienberichterstattung. In: Bayer, A.; Baggenstos, M. (Hg.): Information von Behörden, Medien und Bevölkerung im Ereignisfall. Köln, S. 282-290.

- Ruhrmann, G.; Kohring, M.; Görke, A. (1997): Medienberichterstattung über Umweltthemen. In: Medien-Journal, 21. Jg., S. 11-20.
- Ruhrmann, G.; Nieland, J.U. (1997): Interaktives Fernsehen. Entwicklung, Dimensionen, Fragen, Thesen. Opladen.
- Ruhrmann, G. (1998a): Politische Kommunikation als Risikokommunikation. In: Jarren, O.; Sarcinelli, U.; Saxer, U. (Hg.): Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Opladen, S. 369-375.
- Ruhrmann, G. (1998b): Media and the 'Distortion of Reality' in the Public Understanding of Science. In: Dierkes, M.; von Grothe, C. (Hg.): Public Opinion and Public Debates. Notes on two perspectives for examining public understanding of science and technology. Berlin, S. 57-69.
- Ruhrmann, G.; Woelke, J. (1998): Rezeption von Fernsehnachrichten im Wandel. Desiderate und Perspektiven der Forschung. In: Kamps, K.; Meckel, M. (Hg.): Fernsehnachrichten. Prozesse, Strukturen, Funktionen. Opladen, S. 103-110.
- Scholl, A.; Weischenberg, S. (1998): Journalismus in der Gesellschaft. Theorie, Methodologie und Empirie. Opladen.
- Schmidt, S. J.; Weischenberg, S. (1994): Mediengattungen, Berichterstattungsmuster, Darstellungsformen. In: Merten, K.; Schmidt, S. J.; Weischenberg, S. (1994): Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft. Opladen, S. 212-236.
- Singer, E. (1990): A Question of Accuracy: How Journalists and Scientists Report Research on Hazards. In: Journal of Communication, Vol. 40, No. 4, S. 102-116.
- Singer, E.; Endreny, P.; Glassman, M. B. (1991): Media Coverage of Disasters: Effect of Geographic Location. In: Journalism Quarterly, Vol. 68, S. 48-58.

## **Informations- und Orientierungsbedürfnisse der betroffenen Bevölkerung – können Medien sie erfüllen?**

**Wolfram Geier, Arbeiter-Samariter-Bund**

Als das Deutsche IDNDR-Komitee mich bat, hier und heute zum Thema „*Informations- und Orientierungsbedürfnisse der betroffenen Bevölkerung – können Medien sie erfüllen?*“ einen Vortrag zu halten, habe ich gerne zugesagt. Gleichzeitig mußte ich mich jedoch fragen, ob ich für dieses Thema der richtige Referent bin. Schließlich geht es um die Bedürfnisse der im Katastrophenfall betroffenen Bevölkerung und nicht primär um die Vorstellungen eines hauptberuflichen Katastrophenschützers. Gleichwohl finde ich das Thema sehr spannend. Bei der Einbeziehung von Bevölkerungsbedürfnissen und Bürgerwillen in öffentliche (Planungs-)Aufgaben handelt es sich um eine zumindest in der Bundesrepublik Deutschland noch immer sehr brisante Fragestellung, die, wie im Falle der Gefahrenabwehrplanung, von öffentlichen Entscheidungsträgern nur höchst unzureichend gefördert wird, da sie (die Aufgabe) als „unverkaufbar“ gilt (vgl. Dombrowsky 1992, S. 28).

Die Medien besitzen unter diesem Gesichtspunkt eine wichtige Schlüsselrolle, Ereignisse, Entscheidungen und Maßnahmen, z.B. im Rahmen der Berichterstattung über Katastrophen und katastrophenähnliche Geschehen sowie über Risiken, Planungen und Vorsorge, für den Bürger transparenter und verständlicher zu machen. Transparenz und Verständlichkeit wiederum prägen langfristig entscheidend das Verhalten der Bürger; so auch im Katastrophenfall oder in der Prävention.

Ich möchte mich meinem Thema gerne ein wenig vom Theoretisch-Abstrakten zum Empirisch-Konkreten nähern und zunächst ein paar Bemerkungen zur sogenannten „Informationsgesellschaft“ und ihren Bedürfnissen machen.

Unbestritten leben wir heute in einem Informationszeitalter. Medien, vor allem Fernsehen, Rundfunk und in wachsendem Maße auch Computernetzwerke befriedigen in Windeseile das angeblich oder tatsächlich enorm gewachsene Informationsbedürfnis der Bevölkerung. Die Informationsvielfalt hat dabei ein Ausmaß angenommen, das es dem Konsumenten nicht immer leicht macht, gezielt die gewünschten Informationen schnell und gesichert zu erhalten und diese Informationen auf ihren tatsächlichen, nutzbringenden Gehalt hin zu überprüfen. Ich zweifle auch ein wenig daran, ob es sich wirklich ausschließlich um ein gewachsenes, d.h. natürliches Bedürfnis nach verwertbarer Information und nach Wissen handelt, oder ob hier nicht ein Bedürfnis gepusht wurde, das dem Mediennutzer suggeriert, sogar weltweit bei tatsächlichen oder vermeintlich sensationellen Ereignis-

sen dabei sein zu können, und damit je nachdem, Zeitzeuge oder Voyeur des „ganz Besonderen“ zu werden. Dies trifft nicht nur auf Geschehnisse im „Oval Office“ zu, sondern in erheblichem Umfang auch auf Katastrophen im In- und Ausland.

Dazu zwei Beispiele.

Wer hätte je in Westdeutschland von der „Zieltendorfer Niederung“ gehört, wenn nicht allabendlich im Sommer letzten Jahres Reporter bis zum Bauchnabel im Wasser stehend aus diesem Ort im Oderbruch live in die Wohnzimmer der Republik berichtet und mit den Zuschauern bangend und neugierig zugleich gefiebert hätten, ob die Dämme dem Jahrhunderthochwasser der Oder nachgeben oder halten werden?

Wer verbindet heute den Namen der japanischen Stadt Kobe nicht mit dem verheerenden Erdbeben und der potentiellen Verwundbarkeit hochtechnisierter Gesellschaften durch Naturkatastrophen? „Kobe“: ...das sind die umgeknickten Säulen der Highways, die verschobenen Gleisanlagen, die zertrümmerten Häuser und die Rauchsäulen über Nagata und dem Zentrum der Millionenstadt. „Kobe“: ...das sind genau die in Erinnerung gerufenen Bilder, die uns das Fernsehen mit aller Macht des visuellen Schreckens am 17. bzw. 18. Januar 1995 weltweit präsentierte.<sup>1</sup>

Die moderne Informationsgesellschaft hat dank technologischem Know-how zweifelsfrei einen unbestreitbaren Verdienst errungen: wichtige und unwichtige, richtige, aber auch falsche Informationen können heute das Gros der Menschheit schneller denn je in Wort, Schrift und Bild erreichen und zur Information über Ereignisse, zur Meinungsbildung und zur Reaktion darauf beitragen.

Zensur als Mittel, unbequeme Nachrichten und Informationen vom Volke fernzuhalten, wird zunehmend zu einem erfolglosen Unterfangen totalitärer Regime. Selbst der Versuch, die jüngste katastrophale Hochwasserlage in Zentralchina aus politischen Gründen zu schönen, geriet mehr und mehr zum weltweit kritisierten Mißgeschick des kontrollierten chinesischen Fernsehens und konnte nach einiger Zeit dank der Berichterstattung ausländischer Korrespondenten nur noch in abgeschwächter Form aufrecht erhalten werden.

Allerdings werden die technischen und theoretischen Möglichkeiten der Medien- und Informationsgesellschaft zumindest dort noch immer geschmälert, wo es um die Definition der Kontakt- und Schnittstellen zwischen Bürgern und Medien und die inhaltliche Ausfüllung dieser Schnittstellen geht.

Was der Verbraucher, der Nutzer, der Zuschauer, Zuhörer oder Leser mit seinen über die Medien gewonnenen Informationen anfängt, ob und wie er sie verarbeitet, wie er damit umgeht, bleibt ihm letzt-

---

<sup>1</sup> Sogenanntes „Great Hanshin Earthquake“ vom 17. Januar 1995.



endlich selbst überlassen. Die Auswahl der Programme und der Input von Information befindet sich zwar in der Entscheidungskompetenz der „Zapper“ oder „Surfer“. Sogar Zuschauerwünsche können einzel-fallbezogen über den „Ted“ schnell ermittelt werden. Sehr viel mehr als „zappen“, „tedden“ und „surfen“ ist jedoch zur Zeit nicht „drin“.

Die Einbeziehung der Zuschauer in die Programmplanung und Informationsvermittlung via Fernsehen ist meines Erachtens nach nie konsequent betrieben worden. Mir aus eigener Erfahrung bekannte Modellversuche des ZDF in den 70er Jahren, Zuschauerbedürfnisse zu ermitteln und in den „Informationsvermittler“ der „heute“-Sendungen zu integrieren, würden jetzt gute Ansätze bieten, auch unser Spezialthema „Katastrophen“ aus Expertensicht effektiv unterzubringen.

Andererseits müssen wir feststellen, daß der interaktive Informations- und Kommunikationsaustausch gerade erst begonnen hat.

Das Internet zeigt völlig neue Horizonte auf, die eventuell von anderen elektronischen Medien aufgegriffen oder aber im Rahmen kompakter, integrierter Lösungen angeboten werden könnten. Die Vereinigten Staaten, kaum verwunderlich, sind auf diesem Gebiet weit fortgeschritten. Ein Blick in die Webseiten der amerikanischen Katastrophenschutzbehörde „Federal Emergency Management Agency“ (FEMA) oder der „Fire Departments“ der großen Städte zeigt, wie interaktiv Informationen zwischen Behörde und Bürger über dieses neue Medium ausgetauscht werden können. Hierzulande ist der Zuschauer und Zuhörer noch überwiegend in der passiven Rolle des Konsumenten gefangen. Noch sind die flächendeckenden Möglichkeiten zur aktiven elektronischen Kommunikation, zum gezielten selektiven Informationsabruf und zur praxisorientierten Informationsgewinnung, nicht zuletzt auch aus Kostengründen, nicht realisiert.

Die aktive, bewußte Einbeziehung der Bürger in gesellschaftliche Prozesse, egal ob als „mündige“ Mediennutzer oder Mitgestalter ihrer natürlichen Umwelt im Rahmen von Bürgerselbsthilfe, ist in der Bundesrepublik Deutschland unterentwickelt. Gerade bei Themen, wie der Katastrophenvorsorge und dem Katastrophenschutz sowie beim Thema des Selbstschutzes und der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung wird dies besonders deutlich. Hier drängt sich förmlich der Verdacht auf, daß Staat und öffentliche Verwaltung den Bürger mit aller Macht „draußen vor der Tür“ lassen wollen, da er ja im Fall der Fälle sowieso nur ein „Störfaktor“ sei. Löbliche Ausnahmen, wie beispielsweise die mustergültigen Maßnahmen der Stadt Halle/Saale, bestätigen für mich nur den Regelfall.

Bei der Zusage zu diesem Thema war ich davon ausgegangen, daß sich wissenschaftlich fundiertes und verwertbares empirisches Datenmaterial zum Informationsbedürfnis der von Katastrophen betroffenen oder bedrohten Bevölkerung schon finden läßt. Ich hätte es eigentlich besser wissen müssen, zumindest was Datenmaterial und Erkenntnisse über die Bedürfnisse der hiesigen Bevölkerung zu dieser Frage be-

trifft. Bei meiner Literaturrecherche in der gut ausgestatteten Bibliothek des Bundesamtes für Zivilschutz bin ich auf vergleichsweise viele ausländische Titel zum Thema gestoßen. So erfuhr ich, daß z.B. nicht nur ein Workshop gleichen Namens „*Disasters and the Mass Media*“ in den USA bereits im Februar 1979, also vor knapp 20 Jahren stattgefunden hatte, sondern sich ganz spezifische wissenschaftliche Arbeiten, z. B. mit der speziellen Rolle der „*black media*“ für die „*black community*“ bei der Katastrophenberichterstattung in den Vereinigten Staaten beschäftigt hatten (vgl. National Research Council 1980; Beady 1986).

Sicherlich gab es auch in der „alten“ Bundesrepublik Bevölkerungsumfragen der Behörden zum Bevölkerungsschutz, die vor allem darauf abzielten, das Ansehen des Zivilschutzes, also der Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung im Verteidigungsfall, bei den Bürgern zu erkunden. Die Umfragen erfüllten jedoch eher die Funktion von „Stimmungsbarometern“ als von Instrumenten zur Erforschung von Schutz- und Informationsbedürfnissen der Bevölkerung. Interessanterweise antworteten bei einer Allensbach-Umfrage 1977 53% der befragten Bürger, daß sie sich von Naturkatastrophen, größeren Unglücksfällen und Kriegen in ihrer Sicherheit bedroht fühlten.<sup>2</sup> 37% verneinten dies. Weitere Umfragen wurden 1981 und 1982 vom Institut für angewandte Sozialwissenschaft und vom ZDF durchgeführt. Die meisten Fragen hatten eindeutigen Zivilverteidigungscharakter und können zu unserem Thema nur so viel beitragen, als daß die Ergebnisse zeigen, daß die Bevölkerung grundsätzlich bereit ist, einen eigenen Beitrag zur Gefahrenabwehr zu leisten und sich diesem Thema ohne vielfach von staatlicher Seite beschworene Vorbehalte zu stellen.

Eine verhältnismäßig neue Studie im Auftrag der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern aus dem Jahr 1996 beschäftigt sich mit der „Staatlichen Risikokommunikation bei Katastrophen“ sowie der Informationspolitik und ihre Akzeptanz (Ruhrmann & Kohring 1996). Diese Studie stellt bei ihrer Defizitanalyse des Themas u.a. fest:

*„Aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht ist der Zusammenhang zwischen staatlicher Risiko- und Krisenkommunikation und journalistischer Berichterstattung in Massenmedien weder theoretisch noch empirisch auch nur annähernd geklärt. Hier besteht ein erheblicher Forschungsbedarf.“*

Und weiter heißt es dort:

*„Die Rolle der Massenmedien im Prozeß gesellschaftlicher Risiko-, Krisen- und allgemeinen Konfliktkommunikation ist zunächst einmal theoretisch grundlegend aufzuarbeiten... Das Ziel von Risikokom-*

---

<sup>2</sup> Hier gab der überwiegende Teil der Befragten an, sich vor allem von der Kriegsgefahr bedroht zu fühlen.

*munikation sollte ein informiertes Publikum sein, das aktiv an Entscheidungsprozessen mitarbeiten kann... Risikokommunikation setzt eine zweiseitige, offene Kommunikationsbeziehung voraus, die auf gegenseitigem Vertrauen beruht...“.*

Soweit die Kernaussagen einer aktuellen, im staatlichen Auftrag erstellten Studie, die diesem gesamten Gebiet erhebliche Mängel attestiert.

Um heute jedoch nicht ganz ohne empirische Erkenntnisse referieren zu müssen, habe ich selbst eine kleine Umfrage durchgeführt, die jedoch aufgrund des kurzen Zeitvorlaufs und der geringen Teilnehmermenge keinen wissenschaftlich-repräsentativen Charakter haben kann (siehe Anlage zu diesem Beitrag, S. 34).

Die Umfrage soll dazu dienen, uns ein Stimmungsbild davon zu geben, welche Meinung Bürger zu der Rolle der Medien bei der Katastrophenberichterstattung aktuell haben und welche Erwartungen Bürger an die Medien stellen.

Welche Schlußfolgerungen lassen sich in einer Zusammenfassung des bisher Vorgetragenen ableiten?

1. Grundsätzlich wird die Berichterstattung über Katastrophen von der überwiegenden Mehrheit bewußt wahrgenommen und für wichtig erachtet. Also sollte sie auf jeden Fall einen wichtigen Stellenwert in den Redaktionen einnehmen.
2. Die Berichterstattung soll in erster Linie zeitnah und sachlich informieren.
3. Ein Teil der realen Medienberichte über Katastrophen wird als „Sensationshascherei“ empfunden und abgelehnt.
4. „Sensationshascherei“ und widersprüchliche Meldungen, z.B. durch mangelhafte Recherche, tragen zur Verunsicherung der Bevölkerung bei. Korrekte und gesicherte Informationsvermittlung in einer klaren Sprache sind ableitbare Forderungen an die Redaktionen von Fernsehen, Radio und Zeitungen.
5. Eine entsprechende Medienberichterstattung kann maßgeblich dazu beitragen, Bürger auf Katastrophen und Großunfälle vorzubereiten. Tips und Regeln sollten also künftig verstärkt in die „Hintergrundberichterstattung“ über Katastrophen einfließen.
6. Eine vermehrte Berichterstattung mit Elementen von Selbstschutz- und Selbsthilfemaßnahmen wird ebenso gewünscht, wie eine gute Recherche über Katastrophenursachen und Präventionsmaßnahmen.
7. In einprägsamen Spots sollte „Bewußtseinsbildung“ betrieben werden. Warum also nicht einen „7. Sinn des Katastrophenschutzes“?
8. Zwecks hoher Lernerfolge sollten bereits Kinder durch geeignete Medienbeiträge sensibilisiert werden. Bildmedien in Kindergärten

und Schulen sowie in den Kindersendungen von TV und Radio sowie den Kinderbeilagen der Tageszeitungen könnten einiges bewegen.

Aufgrund aktueller Ereignisse der letzten Jahre, wie den Hochwasserlagen an deutschen Flußläufen, ist die Erwartungshaltung der Bürger an die Medien zumindest in den betroffenen Gebieten gestiegen. Neben einer generell sachorientierten TV-Berichterstattung kommt meiner Meinung nach vor allem den lokalen, öffentlich-rechtlichen, wie privaten Sendern und Programmen eine wachsende Bedeutung zu. Die Akzeptanz der lokalen Sender in der örtlichen Bevölkerung ist hoch. Elemente, wie lokale Ortskenntnis oder persönliche Bekanntheitsgrade haben einen großen Einfluß auf die Glaubwürdigkeit der übermittelten Informationen. Radio Köln und die zentrale Leitstelle für Rettungsdienst, Brand- und Katastrophenschutz der Stadt Köln kooperieren so eng miteinander, daß sich die Leitstelle bei akuter Gefahr jederzeit in das laufende Programm des Senders einschalten und die Bevölkerung gezielt und vor allem sachkundig informieren kann.

Ein etwas anderes Beispiel kommt aus Hessen. HR 4 wirbt in der Region Marburg/Gießen in kurzen Werbespots für den mittelhessischen Rettungsdienst und vermittelt in seinen einprägsamen Aussagen wichtige Informationen über das Verhalten bei medizinischen Notfallsituationen, über die richtige Notrufnummer und die Kontaktaufnahme mit den zuständigen Institutionen der Hilfeleistung. Die Spots kommen sehr gut an. Beide Beispiele zeigen gute Ansätze, wie ein effektiver und einfach zu organisierender Informationstransfer vor und bei Gefahrensituationen zwischen Medien und der Bevölkerung betrieben werden kann.

Diese Beispiele sind jedoch noch immer die große Ausnahme. Noch fehlen in der Bundesrepublik Deutschland empirisch gesicherte Erkenntnisse über die tatsächliche Akzeptanz journalistischer Katastrophenberichterstattung und konkreten Erwartungshaltungen der Bevölkerung.

Diese empirischen Belege sind jedoch wichtig, um nicht zuletzt eine in diesen Fragen sehr schwerfällige Verwaltung und eine wenig aufgeschlossene Politik zu überzeugen, finanzielle Fördermittel für Spots und ähnliches bereitzustellen. Gleichzeitig hoffe ich, daß auch die Rundfunk- und Programmbeiräte mittels gesicherter Erkenntnisse über Bedürfnisse und Notwendigkeiten einen kleinen Schub in dieser Frage bekommen.

Ich bin mir nicht nur aufgrund der Umfrage, sondern aufgrund vieler Gespräche und Erlebnisse in meinem Berufsalltag sehr sicher, daß sich der hier aufgezeigte Trend deutlich verfestigen ließe, da Katastrophen und große Unglücksfälle grundsätzlich das menschliche Kernthema der eigenen Existenz und Existenzsicherung betreffen und damit von gravierendem Interesse für die überwiegende Bevölke-

rungsmehrheit sind. Auch für den Katastrophenschutz, d.h. den operativen Teil der Gefahrenabwehr, wäre eine gut informierte Bevölkerung von großem Vorteil, da sie aktiv Selbstschutz betreiben und an der Gefahrenbekämpfung mitwirken könnte.

Leider hat eine großenteils verfehlte, rein administrativ angelegte Katastrophenschutzpolitik der letzten Jahre eine effektive Informationsarbeit mit dem Ziel, die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung zu erhöhen, nicht gewollt und damit beinahe unmöglich gemacht. Sollte die Bundesrepublik in nächster Zeit tatsächlich einmal eine Großkatastrophe erleben, wird sich dieses Defizit ganz bitter bemerkbar machen.

Hier liegt aber eine große Chance der Medien, gemeinsam mit den Know-how-Trägern, den Katastrophenschutzorganisationen und den Fachgesellschaften, verlorenes Terrain im zivilen Bevölkerungsschutz zurückzugewinnen und den Bürger, z.B. durch eine gezielte Informations- und Aufklärungsarbeit, zu einem wirksamen Kettenglied eines leistungsfähigen, integrierten Hilfeleistungssystems zu machen.

### **Literatur**

Beady, Charles H. (1986): The role of the black media in disaster reporting to the black community. Boulder, Colorado: Natural Hazards Research and Applications Information Center, Univ. of Colorado, VIII.

Dombrowsky, Wolf R. (1992): Bürgerkonzeptionierter Zivil- und Katastrophenschutz. In: Reihe Zivilschutz-Forschung, Band 10, Bundesamt für Zivilschutz, Bonn.

National Research Council (Hg., 1980): Disasters and the mass media. Proceedings of the Committee on Disasters on the Mass Media Workshop, Febr. 1979. Commission on Sociotechnical Systems, National Research Council. Washington, D.C.: National Academy of Sciences, XI.

Ruhrmann, Georg; Kohring, Matthias (1996): Staatliche Risikokommunikation bei Katastrophen – Informationspolitik und Akzeptanz. Reihe Zivilschutz-Forschung, Band 27, Bundesamt für Zivilschutz, Bonn.

## Anlage: Befragungsergebnisse

Im Zeitraum von Anfang bis Mitte November 1998 habe ich 30 Personen schriftlich nach ihren Vorstellungen und Bedürfnissen zum Thema „Medien und Katastrophenberichterstattung“ befragt.

Der dafür erarbeitete Fragebogen umfaßt 18 Einzelfragen. Vor den Ergebnissen möchte ich Ihnen einige Informationen zum persönlichen Profil der Befragten geben.

Das Geschlechterverhältnis beträgt 53 % Männer bzw. 47 % Frauen und ist damit nahezu ausgewogen. Der jüngste Teilnehmer ist 19 Jahre, der älteste Teilnehmer 58 Jahre alt, das Durchschnittsalter liegt bei 36 Jahren und ist damit verhältnismäßig jung. 73 % der Befragten haben einen gymnasialen und 23 % einen mittleren Schulabschluß, was eindeutig nicht dem bundesdeutschen Bildungsdurchschnitt entspricht. 67 % der Befragten haben mit dem Arbeitsbereich Medien bzw. dem Arbeitsbereich Gefahrenabwehr gar nichts zu tun. 23 % arbeiten in einem speziellen Bereich der Gefahrenabwehr (hier vor allem: Rettungsdienst) und 3 % im Mediensektor. Im Katastrophenschutz oder in der Katastrophenhilfe arbeitet keiner der Befragten. Die Teilnehmer der Befragung leben in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen/Regierungsbezirk Köln (70 %), Hessen/Regierungsbezirke Darmstadt und Gießen (16 %), Rheinland-Pfalz/Regierungsbezirk Rheinhessen (7 %) und Baden-Württemberg/Regierungsbezirk Karlsruhe (7 %).

Auf die 18 Fragen wurde folgendermaßen geantwortet:

<b>Frage 1</b> Interessieren Sie sich für die Berichterstattung über Katastrophen in den Medien (TV, Radio, Zeitung etc.)?	
Ja	77 %
Nein	20 %
Kommt darauf an, wo die Katastrophe stattfindet	3 %
	100 %

---

**Frage 2** Welche Medien bevorzugen Sie bei der Berichterstattung über Katastrophen?

TV	43 %
Radio	3 %
Zeitungen	7 %
Magazine	0 %
TV und Zeitung	27 %
TV und Radio	13 %
k.A.	7 %
	100 %

---

**Frage 3** Die Berichterstattung über Katastrophen in den Medien ist für Sie...

sehr wichtig	17 %
wichtig	67 %
nicht wichtig	13 %
k.A.	3 %
	100 %

---

**Frage 4** Inlandskatastrophen interessieren Sie...

mehr	50 %
weniger	3 %
genauso wie Auslandskatastrophen	47 %
	100 %

---

**Frage 5** Beeinflussen Medienberichte über Katastrophen Ihr Verhalten?

Ja, ich überlege, wie ich mich bei möglichen Katastrophen schützen kann	27 %
Nein	23 %
Darüber habe ich noch gar nicht nachgedacht, werde es aber jetzt tun	13 %
Ich bekomme manchmal ein mulmiges Gefühl	37 %
	100 %

---

---

**Frage 6** Halten Sie Medienberichterstattung über Katastrophen für nützlich und hilfreich?

Ja	33 %
Nein	3 %
Manchmal	60 %
k.A.	3 %
	100 %

---

**Frage 7** Welche Berichterstattung ist für Sie wichtiger/interessanter?

Berichte über Naturkatastrophen (Stürme, Hochwasser, Erdbeben etc.)	33 %
Berichte über technogene Katastrophen (Massenunfälle, Flugzeugabstürze, Eisenbahnunfälle, Industrie- und Kraftwerksunfälle etc.)	23 %
beides gleichermaßen wichtig	37 %
k.A.	7 %
	100 %

---

**Frage 8** Sind Sie der Meinung, daß die Berichterstattung über Katastrophen eher zur Verwirrung beiträgt und die Bevölkerung verunsichern kann?

Ja <sup>1</sup>	13 %
Nein	23 %
Kommt darauf an <sup>2</sup>	63 %
	100 %

---

<sup>1</sup> Gründe: Sensationsmache, widersprüchliche Infos, Verunsicherung des eigenen Lebensgefühls

<sup>2</sup> Gründe: Panikmache, Sensationslust, fehlende Handlungsperspektive

---

**Frage 9** Was erwarten Sie von den Medien bei der Berichterstattung über Katastrophen?  
Nennen Sie bitte 3 für Sie wichtige Erwartungen.

Sachlichkeit	43 %
Hintergründe (Ursachen/Verhaltensmaßregeln)	43 %
Keine „Reißer“	23 %
Information	20 %
Objektivität	17 %

---



---

**Frage 10** Würden Sie die Berichterstattung der Medien über Katastrophen...

ausweiten <sup>1</sup>	23 %
einschränken <sup>2</sup>	27 %
weder noch	23 %
kommt darauf an	23 %
k.A.	3 %
	100 %

<sup>1</sup> Gründe: Spendenacquisition, Helfergewinnung, Bewußtseinsbildung

<sup>2</sup> Gründe: zu reißerisch, verbreiten „Horror“, Behinderung der Helfer, „Katastrophen sind kein Medienereignis“

---

**Frage 11** Was tun Sie, wenn Sie unerwartet einen Sirenenalarm oder Lautsprecherdurchsagen der Polizei bzw. Feuerwehr hören?

Nichts weiter	23 %
Ich schalte grundsätzlich das Radio/TV ein	50 %
Ich schalte manchmal des Radio/TV ein	27 %
	100 %

---

**Frage 12** Helfen Ihnen die Medien und die Berichterstattung über Katastrophen bei der Vorbereitung auf gemeldete mögliche Naturkatastrophen an Ihrem Heimat- oder Aufenthaltsort (z.B. bei Sturmwarnung, Sturmflut, Hochwasser)?

Ja	40 %
Nein	30 %
Habe ich so noch nicht darüber nachgedacht	30 %
	100 %

---

**Frage 13** Würden Sie sich eine Verbesserung der Berichterstattung in den Medien wünschen, um sich besser auf drohende Katastrophen vorbereiten zu können?

Ja	40 %
Nein	0 %
Ich fühle mich ausreichend informiert	60 %
	100 %

---

---

**Frage 14** Müßte sich die Berichterstattung über Katastrophen in den Medien Ihrerseits ändern, um sich besser auf Katastrophen vorbereiten zu können?

Ja	40 %
Nein	50 %
Kommt darauf an	3 %
k.A.	7 %
	100 %

---

**Frage 15** Wurden Ihre Erwartungen hinsichtlich Information und Berichterstattung in den Medien schon einmal nicht erfüllt bzw. waren Sie enttäuscht?

Ja <sup>1</sup>	53 %
Nein	37 %
k.A.	13 %
	100 %

<sup>1</sup> Gründe: zu späte und zu ungenaue Meldungen, fehlende Aussagen über Vermeidungsstrategien, fehlende Aussagen über Verhalten bei solchen Ereignissen, überflüssige Differenzierung der Nationalität der Opfer, Sensationsmeldungen, Beispiele: „Pallas“, „Eschede“, „Estonia“, „Tschernobyl“)

---

**Frage 16** Wie sollte eine Berichterstattung aussehen, die Ihren Informationsbedürfnissen gerecht wird? Nennen Sie bitte die für Sie wichtigsten 4 Anforderungen an eine für Sie wichtige Medienberichterstattung.<sup>1</sup>

- 
- Hintergrundinformationen
  - Objektivität
  - Sachlichkeit
  - Ausgewogenheit
  - Emotionslosigkeit
  - Infos über längerfristige Auswirkungen der Katastrophe
  - Infos über Präventivmaßnahmen
  - Infos über Art und Umfang der Hilfeleistungen (wird noch Hilfe gebraucht?)
  - Infos über Ursachen
  - Infos über Selbsthilfemaßnahmen und Selbstschutz

---

<sup>1</sup> vgl. auch die Antworten zu Frage 9

---

**Frage 17** Wie hoch schätzen Sie die Eintrittswahrscheinlichkeit einer Katastrophe in Ihrem unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld (Wohnort) ein?

---

bei Naturkatastrophen:<sup>1</sup>

sehr hoch	3 %
hoch	10 %
gering	87 %

---

100 %

bei technischen Katastrophen:<sup>2</sup>

sehr hoch	3 %
hoch	30 %
gering	60 %
k.A.	17 %

---

100 %

<sup>1</sup> Gründe: Hochwasser

<sup>2</sup> Gründe: Gefährdung durch AKW, B/C-Industrie, Sprengstoffindustrie

---

**Frage 18** Welche Vorschläge/Anregungen zu diesem Thema können Sie noch geben?

---

- Aufklärungsspots über „richtiges Verhalten“ bei Katastrophen/Großunfällen analog zur Sendung „Der 7. Sinn“
  - spezifische Aufklärung über lokale Medien bei besonderen Risiken in der Region
  - journalistische Sensibilität für die „Zeit danach“ entwickeln; Berichte über Ursachen und Ursachenvermeidung sowie Prävention auch nach den aktuellen „Hochzeiten“ einer Katastrophe senden/publizieren
  - gezielte Medienaufklärung für spezielle Gruppen: Kinder in Kindergärten und Schule zwecks frühzeitiger Sensibilisierung und Bewußtseinsbildung
-



## **Fallbeispiel: Oder-Hochwasser 1997**

## **Probleme im Umgang mit Journalisten beim Oder-Hochwasser – ein Erfahrungsbericht**

**Susanne Anger, Deutsches Rotes Kreuz**

Das Deutsche Rote Kreuz ist im internationalen Netzwerk der Rotkreuz-Organisationen mit mehr als 4,7 Millionen Mitgliedern die drittgrößte Gesellschaft der Welt. Es verfügt über 350.000 ehrenamtliche Helfer und 110.000 hauptamtlich Beschäftigte. Das Deutsche Rote Kreuz, als größte nationale Hilfsorganisation und drittgrößter Wohlfahrtsverband in Deutschland, hat einen Gesamtumsatz im Jahr von sieben bis acht Milliarden DM, wovon 90 % leistungsfinanziert sind. Das Deutsche Rote Kreuz ist föderal in 19 Mitgliedsverbänden organisiert, die sich ähnlich den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland aufteilen. Das Präsidium und das Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuz bilden quasi die Holding des Gesamtverbandes. Zusammen vereinen sie alle zentralen Stabsbereiche, so auch den Bereich „Kommunikation und Marketing“. Meine Funktion ist die der Bereichsleiterin „Kommunikation und Marketing“. In dieser Funktion bin ich Mitglied der Geschäftsleitung der Holding und verantwortlich für den gesamten Bereich der PR, der internen und externen Kommunikation sowie des Spendenmarketings.

Ich möchte meinen Beitrag in drei Teile gliedern:

1. Die Flutkatastrophe und die Hilfen des Deutschen Roten Kreuzes
2. der Kommunikationseinsatz des Deutschen Roten Kreuzes als „integrierte Kommunikationsstrategie“
3. die Kommunikationsstrategie während der Jahrhundertflut selbst mit ihren Maßnahmen und Ergebnissen.

### **1. Die Flutkatastrophe und die Hilfen des Deutschen Roten Kreuzes**

Lassen Sie mich kurz die Katastrophe in der betroffenen Oderregion skizzieren und die Hilfsmaßnahmen, die das Rote Kreuz geleistet hat. Seit Anfang Juli 1997 führten außergewöhnlich starke Niederschläge in Mitteleuropa, mit mehr als 600 l/m<sup>2</sup>, zu einem enormen Anwachsen des Wassers, insbesondere in den Flüssen Oder und Neiße. Weite Überschwemmungen in der Tschechischen Republik, Polen und der Slowakei und im weiteren Verlauf auch in Deutschland waren die Folgen und führten zu nachhaltigen Schädigungen der Infrastruktur dieser Länder. In den betroffenen Ländern, außer in Deutschland, verloren mehr als hundert Menschen ihr Leben.

Für die Tschechische Republik war das Hochwasser 1997 die größte Katastrophe der Landesgeschichte. Von der Flut betroffen wurde rund ein Drittel des gesamten Staatsgebietes. In insgesamt 33

Bezirken erfaßte die Flutwelle 563 Gemeinden. Die Schadensbilanz allein dort: mehr als 50 Menschen kamen ums Leben. Ihr Dach über dem Kopf verloren 4.087 Haushalte und Familien, fast 12.000 Betroffene mußten in Notunterkünften untergebracht werden. In den landwirtschaftlichen Betrieben verendeten rund 190 000 Nutztiere, überschwemmt wurden fast 20 000 Gebäude, von denen viele dem enormen Wasserdruck nicht standhielten. So zerstörte die Flut allein in einem Dorf 150 Häuser, ein Drittel der gesamten Bausubstanz.

In Polen überflutete das Jahrhunderthochwasser insgesamt mehr als 670.000 ha Fläche und richtete Schäden in 26 der 49 Wojewodschaften (Regierungsbezirke) an. Von den 2.592 betroffenen Orten wurden 1.362 völlig überflutet, so daß 162.000 Menschen evakuiert werden mußten. Insgesamt kamen in Polen durch die Katastrophe 54 Menschen ums Leben. Die Schadensstatistik weist allein im Bereich des Erziehungswesens folgende Zahlen aus: 772 Schulen und Kindergärten sowie 85 Kinderheime und ähnliche Einrichtungen wurden zerstört. Die Gesamtschadenssumme wird auf rund 8 Milliarden Zloty geschätzt, das sind mehr als 4 Milliarden Mark. Schwere Schäden nahmen auch die Gesundheitseinrichtungen in Polen: mehr als 100 Krankenhäuser und Gesundheitsstationen waren nicht mehr oder nur noch eingeschränkt nutzbar.

Deutschland selbst blieb die große Flutkatastrophe erspart. Fast alle Deiche konnten dem Wasser standhalten, weil zehntausende von Helfern der Bundeswehr und des Technischen Hilfswerks rund um die Uhr arbeiteten, um die Deiche zu schützen. Anders als in Polen oder in Tschechien hat das Hochwasser in Deutschland keine Todesopfer gefordert, sondern nur Sachschäden angerichtet. Mehr als 6.500 Bewohner der gefährdeten Orte in der Odernähe mußten evakuiert werden. Nach den rund 1.500 Schadensmeldungen aus den betroffenen Kommunen belaufen sich die Privatschäden an Gebäuden, Hausrat etc. auf rund 41 Millionen Mark. Die Ernteverluste in der Landwirtschaft werden auf 31 Millionen Mark beziffert. Schwer betroffen waren glücklicherweise nur rund 180 Familien.

Ohne die gesamte Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes für die notleidende Bevölkerung in den Überschwemmungsgebieten darstellen zu wollen, hier nur einige kurze Anmerkungen dazu:

Das DRK begann mit der Notversorgung unmittelbar bei Beginn der Katastrophe. 206 Hilfsgütertransporte mit 2.000 t Hilfsgütern wurden nach Polen und Tschechien überführt, um Erste Hilfe zu leisten. Wochenlang versorgte das Rote Kreuz die Städte Wroclaw, Radzibur und Slubice mit Trinkwasser, nachdem die Trinkwasserversorgung durch die Überflutung zusammengebrochen war. Wir versorgten die Menschen mit Nahrung, Kleidung, Zelten, Hygieneartikeln, also mit allem Nötigsten. Im weiteren Verlauf konzentrierte sich die Hilfe des Roten Kreuzes in Polen und Tschechien auf den Wiederaufbau

von Krankenhäusern und Kindereinrichtungen sowie den Bau von Notunterkünften für die evakuierte Bevölkerung.

In Deutschland betreute das DRK von Beginn an die betroffenen Familien. Die zerstörten Häuser und Wohnungen werden bis auf 90 % des Eigenbestandes von uns ersetzt. Wir betreuten die Familien auch psychosozial und halfen ihnen bei ihren Verhandlungen mit den Versicherungen und Behörden. Das DRK handelt nach dem Leitsatz, daß wir nach dem Maß der Not helfen, d.h. wir helfen denen zuerst, die am meisten betroffen sind, unabhängig von Rasse, Religion und nationaler Zugehörigkeit. Dieser Grundsatz spielte auch im Verlauf der Flutkatastrophe und bei unserer Kommunikationsstrategie eine bedeutende Rolle, denn – wie bereits eingangs skizziert – die Flutkatastrophe konzentrierte sich mit ihren schweren Schäden im wesentlichen auf unsere Nachbarländer Polen und die Tschechische Republik.

Nach diesem Grundsatz handelnd, hat das DRK den größten Teil seiner Spendengelder, nämlich mehr als 80 %, in den schwer betroffenen Gebieten Polens und der Tschechischen Republik zur Hilfe für die Menschen eingesetzt. Die Hauptbotschaft unserer Kommunikation während der Flut war: „Das Wasser macht an den Grenzen nicht halt, deshalb darf auch unsere Hilfe an den Grenzen nicht halt machen. Wir helfen dort, wo die größte Not ist, wo die Menschen am schlimmsten betroffen sind, und nicht nur diesseits der deutschen Grenzpfähle.“ Soweit einige kurze Fakten zur Jahrhundertflutkatastrophe an der Oder.

## **2. Die integrierte Kommunikationsstrategie des Deutschen Roten Kreuzes**

Der Bereich „Kommunikation und Marketing“ verfolgt grundsätzlich eine Strategie der „integrierten Kommunikation“, d.h. der Zusammenführung und Vernetzung aller Bereiche. Dazu gehört die PR-Arbeit, die grundsätzliche Öffentlichkeitsarbeit – sprich Medien –, die Werbung, der Spendenservice und auch das Spendenmarketing. Nur die Bündelung dieser Ressourcen in einem Bereich macht es möglich, die vorhandenen finanziellen Mittel und personellen Ressourcen konzentriert und effektiv einzusetzen. Dadurch wird eine punktgenaue Kommunikation und eine Konzentration auf Schwerpunkte erst möglich. In unserer „integrierten Kommunikationsstrategie“ sind Hauptziele, Zielgruppen und die Hauptinstrumente festgelegt. Diese Zielorientierung macht auch im täglichen Katastrophenfall ein schnelles Handeln erst möglich.

## **3. Die Kommunikationsstrategie des DRK während der Flutkatastrophe**

Mit der Botschaft „Das Wasser macht an den Grenzen nicht halt, deshalb darf auch unsere Hilfe an den Grenzen nicht halt machen“ ging es dem DRK vorrangig darum, genügend finanzielle Ressourcen zu er-



zielen, d.h. Spenden zu bekommen, um möglichst vielen Menschen schnell und umfassend helfen zu können.

Dazu mußten alle vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen des Bereiches auf die Kommunikation nach innen und außen während der Flut konzentriert werden. Des weiteren strebten wir eine breite und sehr enge Zusammenarbeit mit den Hauptmedien unseres Landes an.

Als Kommunikationsziel ging es uns darum, eine breite Berichterstattung über die Hilfe des DRK zu erreichen sowie ein positives Image des DRK als die professionelle, schnelle und unbürokratische internationale Hilfsorganisation zu vermitteln und natürlich nicht zuletzt den Spendenaufruf des DRK für alle Oderflutopfer möglichst oft und breit in den Medien zu plazieren.

Basis aller unserer kommunikativen Maßnahmen war die enge Zusammenarbeit und Einbindung in den vom DRK gebildeten Katastrophenstab für die Jahrhundertflut, der alle Hilfsmaßnahmen koordinierte und organisierte. Dadurch konnten wir von Beginn an jederzeit genaue Auskünfte über die Lage in den betroffenen Regionen, sei es Polen, Tschechien oder Deutschland, an die Medien vermitteln. Dazu gehörte ein tägliches Bulletin zur Notstandlage und zu unseren einzelnen und konkreten Hilfsmaßnahmen nach außen an die Medien und nach innen an die Gliederungen des Roten Kreuzes selbst. Deshalb wurde der Bereich Kommunikation und Marketing personell direkt in den Katastrophenstab eingegliedert, um jede Maßnahme direkt weiterkommunizieren zu können.

Des weiteren strebte der Bereich Kommunikation und Marketing vor dem Hintergrund seiner guten Kontakte zu den großen Medien unseres Landes, d.h. den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten ARD und ZDF sowie den großen überregionalen Zeitungen und Publikumszeitschriften enge Kooperationen an. Es gelang dem DRK, sowohl mit dem ersten Deutschen Fernsehen als auch mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen eine Kooperation dahingehend zu erzielen, daß nicht die Fernsehsender selbst zu Spenden aufriefen, sondern sie dies als Gemeinschaftsaktion mit dem DRK taten. Ebenfalls konnte man eine Kooperation mit der größten deutschen Boulevard-Zeitung, der Bild-Zeitung, und einigen weiteren, großen überregionalen Tageszeitungen erreichen sowie mit einer auflagenstarken Illustrierten, der Bunten.

Im Zeitraum der Kampagne der Jahrhundertflut, vom 14. Juli bis 31. August, wurde im Fernsehen 234mal über den Einsatz und die Arbeit des DRK berichtet. Nicht gemeint ist die Berichterstattung über die Flut selbst. Neben der allgemeinen Berichterstattung über die Flutkatastrophe geschah dies allein 203mal in den öffentlich-rechtlichen Sendern, d.h. im Ersten und im Zweiten Deutschen Fernsehen und 32mal in den Privatsendern. Eine überaus große Resonanz hatten wir ebenfalls in den Rundfunkstationen und in den Printmedien.

Durch die Bündelung unserer Ressourcen in der Holding, die über alle Informationen aus den Katastrophengebieten verfügte, waren wir in der Lage, jederzeit – manchmal bis zu 40mal am Tag – in Rundfunk- und Fernsehinterviews über die Katastrophensituation und unsere eingeleiteten Hilfen aktuell, konkret und beispielhaft berichten zu können.

Dazu hielten wir ständigen Kontakt zu unseren Einsatzkräften in den Katastrophengebieten selbst und konnten diese Helfer vor Ort als Interviewpartner oftmals direkt an die Fernseh- und Rundfunksender sowie die Zeitungsjournalisten vermitteln.

Darüber hinaus war außerdem ein Mitarbeiter der Pressestelle direkt im Katastrophengebiet und koordinierte dort die Medienarbeit. Außerdem stellten wir den Medien täglich Termine und Ortsinformationen zur Verfügung, wo Hilfskonvois beladen wurden und ausrückten und wann und wo sie ankamen und die Hilfsgüter verteilt wurden.

Film- und Fototermine konnten so direkt am Ort des Geschehens platziert werden. Möglich wurde so eine unmittelbare Berichterstattung über die schnell angelaufene Rotkreuz-Hilfe. Wie das Rote Kreuz mit den ersten eingegangenen Spendengeldern arbeitet, konnte so über die Medien an die Menschen unmittelbar zurück kommuniziert werden. Damit konnten wir deutlich machen, daß jede Spende sofort hilft und daß jede Spende auch direkt eingesetzt wird.

Herausragend war sicherlich – auf dem Höhepunkt der Katastrophe – die gemeinsame Sondersendung des Ersten Deutschen Fernsehens, des Deutschen Roten Kreuzes und der größten Boulevardzeitung Deutschlands, der Bild-Zeitung, am 3. August 1997 zur Primetime um 20.15 Uhr. Diese Sendung, die mit Hilfe einer Produktionsfirma innerhalb von 4 Tagen aus dem Boden gestampft wurde, berichtete live aus den Katastrophengebieten und über die angelaufene Hilfe des Roten Kreuzes und rief während der Sendung ständig zu Spenden über ein eingerichtetes Call-Center und Bankkonto auf. Diese Sondersendung mit einer Länge von 120 Minuten und einer Einschaltquote von mehr als 8,5 Millionen brachte allein einen Gesamtspendenerlös von 9,1 Millionen Mark.

Das Rote Kreuz organisierte u.a. an diesem Abend und in der folgenden Woche das Call-Center. Allein am Abend der Sendung riefen mehr als 100.000 Menschen an und spendeten über einen direkten Bankeinzug für die Opfer der Flut. Die Aktion wurde in der darauffolgenden Woche in allen Morgen- und Mittagmagazinen des Ersten und Zweiten Deutschen Fernsehens weitergeführt.

In der Hauptnachrichtensendung des Ersten Deutschen Fernsehens zur Primetime wurde über die Ergebnisse und die dadurch möglich gemachten Hilfsmaßnahmen täglich berichtet.

Mit dem Zweiten Deutschen Fernsehen, der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ sowie der Publikumszeitschrift „Bunte“ wurde eine weitere

Kooperation unter dem Motto „Deutschland hilft“ gestartet. Das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) machte ebenfalls eine Sondersendung zur Flutkatastrophe, allerdings erst am 31. August als die Flut eigentlich akut vorbei war. Diese Sendung wurde auf Anregung des Roten Kreuzes deshalb als „Dankeschön“-Sendung für die Helfer und Spender konzipiert. Sie hatte eine Einschaltquote von 4,55 Millionen Zuschauern und war an diesem Abend zur Primetime marktführend. Mit dieser „Dankeschön“-Sendung machte das Rote Kreuz seine Seriosität als spendensammelnde Organisation auch dadurch deutlich, daß es zu diesem Zeitpunkt nicht weiter zu Spenden aufrief, sondern sich direkt an die Bevölkerung wandte, um ihr für die große Hilfsbereitschaft zu danken.

Parallel zu unserer Medienarbeit starteten wir ein Direktmailing an 300.000 Spender des Deutschen Roten Kreuzes. Mit diesem Direktmailing, einem Brief, in dem um Hilfe und Unterstützung gebeten wurde, wurde insgesamt ein Ergebnis von 5,5 Millionen Mark an Spenden erreicht, was einer Response-Quote von 25,4 % und einer Durchschnittsspende von fast einhundert Mark entspricht.

Durch diese Maßnahmen war es möglich, in der deutschen Bevölkerung eine Welle der Hilfsbereitschaft mit außerordentlichen Ergebnissen zu organisieren. Der Spendenaufruf des Deutschen Roten Kreuzes unter dem Stichwort „Nachbarn in Not“ erbrachte insgesamt ein Ergebnis von 71 Millionen Mark und mehr als 6 Millionen Mark an Sachspenden.

Nach dem Rückgang der Flut hörte allerdings unsere konzentrierte Medienarbeit nicht auf. Kontinuierlich versorgten wir die Medien mit Informationen über die Aufbauarbeiten und die Hilfsleistungen des Deutschen Roten Kreuzes in den drei betroffenen Ländern. Wir organisierten Pressefahrten zu den einzelnen Hilfsprojekten, zu den Krankenhäusern, die instand gesetzt wurden, zu Häusern, die neu gebaut wurden, zu Familien, denen das Haus renoviert und wieder neu eingerichtet wurde.

Gleichzeitig initiierten wir eine Anzeigenserie für alle Zeitungen, in denen wir den Spendern dankten und die pro bono durch die Zeitungen geschaltet wurden.

Bereits zwei Monate nach der Katastrophe legten wir eine vierundzwanzigseitige Dokumentation vor, wie die Spenden der Bevölkerung eingesetzt wurden, und versandten diese an mehr als 900.000 Spender. In diesem Jahr [1998] – zum Jahrestag der Flutkatastrophe – werden wir einen abschließenden Spendenbericht für interessierte Spender vorlegen, in denen ausführlich über den Einsatz ihrer Gelder berichtet und Transparenz über die Verwendung der finanziellen Mittel hergestellt wird.

Nacharbeit ist in unserer Kommunikationsstrategie ein wichtiger Bestandteil, um der Bevölkerung zu zeigen, daß ihre Spende erstens hilft, zweitens effizient und wirtschaftlich eingesetzt wird und drittens

von uns auch Rechenschaft darüber abgelegt wird, wie die Gelder umgesetzt werden. Das schafft Vertrauen, was uns in nächsten Katastrophen zugute kommen wird, wenn wir uns erneut mit einem Spendenaufruf an die Bevölkerung wenden.

Unsere Botschaft, daß das Wasser an den Grenzen nicht halt macht und deshalb auch unsere Hilfe an den Grenzen nicht halt machen darf, war angekommen und wurde vom größten Teil der Bevölkerung auch akzeptiert. Deshalb haben wir einen großen Teil der Gelder – mehr als 80 % – in unseren Nachbarländern und nicht in Deutschland selbst eingesetzt. Nur 5 % haben nach unseren Auswertungen zweckgebunden für Deutschland gespendet; 95 % waren bereit, ihre Spende für alle Flutopfer dieser Katastrophe zu geben. Durch diese Aktion konnten außerdem zehntausende von Neuspendern für das Rote Kreuz gewonnen und das Vertrauen der Bevölkerung in die schnelle, professionelle und effiziente Hilfe des Deutschen Roten Kreuzes gestärkt werden.

---

## Probleme journalistischer Berichterstattung über das Oder-Hochwasser – ein Erfahrungsbericht

Dr. Ulf Grieger, Märkische Oderzeitung

### 1. Erinnerung der Gefahren

„Hochwasser? Niemals. Nicht hier.“ Wäre man mystisch veranlagt, könnte man sagen, das Oderhochwasser 1997 hat sich bereit 1995 und 1996 angekündigt. Bei den regelmäßig durchgeführten Deichschauen im Bereich des Kreises Märkisch-Oderland (Hohensaaten bis Lebus) erklang unter den Fachleuten vom Deichverband und Landesumweltamt leise der Wunsch, ein **kleines Hochwasser, quasi ein Hochwässerchen** müsse her. Eines, bei dem man in der Realität ausprobieren könnte, was seit Jahrzehnten verstaubt zwischen Aktendeckeln ruhte: Die Alarmierung.

Die aus DDR-Zeit stammenden Pläne basierten wesentlich auf zwei Erfahrungen: Eis-Hochwasser 1947 mit Überflutung des Oderbruches und Eishochwasser 1982 ohne Überflutung, aber mit Evakuierung. Den Kritikern war klar: ohne Hochwasseralarm werde niemand ein realitätsnahes Probemanöver finanzieren.

Als Zeitung haben wir diesem Grummeln mehr als gewöhnlich Raum gegeben. Wir hatten dafür zwei Gründe. Zum einen stand das 250jährige Jubiläum der Trockenlegung des Oderbruchs durch den Alten Fritz vor der Tür. Das machte den Deich und den Verlauf der Neuen Oder auch überregional interessant. Zum anderen stand im Frühjahr 1997 das 50jährige Jubiläum der Hochwasserkatastrophen 1947 ins Haus.

Schließlich gab es noch einen dritten Punkt: die Finanzmisere des Landes. Der seit 250 Jahren immer wieder aufkommende Streit zwischen Oderbrüchern und Landesvätern, wer die Kosten des künstlich trocken gehaltenen Landes zahlt, feierte Renaissance: Die Schöpfwerke sollten vollständig von den Landbesitzern und Bauern finanziert werden. So entstand noch vor dem Hochwasser die Sinnfrage, das Oderbruch als Lebensraum zu erhalten oder, was billiger wäre, zu renaturieren.

**50 Jahre ohne Überflutung** – Das hatte im Oderbruch zu einer Vernachlässigung vieler Vorsichtsmaßnahmen geführt. Häuser mit Kellern waren gebaut worden, Fertigteilhäuser darunter. Alte und Gebrechliche eingesetzt, die im Ernstfall gar nicht zum Einsatz kommen konnten. Viele Zufahren zu den Deichen waren längst umgepflügt worden, Eiswachhäuschen vergammelt.

Die beiden Jubiläen waren jedoch Anlaß, all das wieder näher in Augenschein zu nehmen, den Plan zu überarbeiten und sich der Gefahren zu erinnern.

## 2. Sensation und Schicksal

Die ersten Hochwassermeldungen aus Tschechien und Polen hatten im Juni 1997 noch niemanden so recht aus der Ruhe gebracht. Wir berichteten von einem über die Deichstraßen düsenden Landesumweltamtpräsidenten: „Der Deich ist in Bestzustand.“ Das beruhigte so, daß ich mir bei einer Umfrage noch am 14. Juli vorwerfen lassen mußte, auf Panik zu machen. „Deichanwohner ohne Furcht vor der Flut“ war dann meine Überschrift. Eine Woche später war die Oder um zwei Meter gestiegen: „Die Flut hat das Oderbruch erreicht“, hieß die Überschrift. Doch noch immer zog es viele lachende Neugierige, besonders aus Berlin, auf den Deich.

Dann teilt sich die Berichterstattung in „**Front und Hinterland**“, die Sprache wird, bedingt auch durch die Präsenz der Bundeswehr, militärisch: „Die Nacht der Entscheidung, Deichverteidiger im Kampf gegen die Naturgewalten“ hieß eine Schlagzeile. Wir hetzen mit Handy zwischen Einsatzstab, Deich und Bevölkerung. Für mich war es Sensation und Schicksal zugleich. Etwa vier Kilometer steht mein Haus vom Deich entfernt. Frau und Kinder waren bereits vorsorglich fortgeschickt, als am 25. Juli um 4 Uhr das Hotline-Telefon klingelt: Der Damm bei Hohenwutzen ist gerutscht. „Fahr mal hin, mach ein paar Bilder, warte bis wir kommen, dann kannst du was zusammenpacken“, hieß die Anweisung. Doch nicht nur privat war die Sensation auch Schicksal. Wir mußten quasi eine doppelte Produktion fahren: Eine normale Ausgabe und eine für den absoluten Notfall, denn unser Druckhaus an der Oder in Frankfurt drohte in den Fluten zu versinken.

Unser Problem bestand darin, daß wir nicht wußten, wie lange wir vor Ort arbeiten dürfen. Als Märkische Oderzeitung gehörten wir quasi mit zum Alarmstab, hatten das Privileg, auf dem Deich fahren zu dürfen. Doch im Ernstfall?

Mit der Evakuierung hatten wir zusätzlich ein Problem: Unsere Verteilsysteme für die Zeitungen mußten umgebaut werden. Das Evakuierungsgebiet war offiziell leer geräumt, ohne Bevölkerung. Trotzdem blieben viele dort, um Sandsäcke zu füllen und der Bundeswehr zu helfen. Dort wuchs ein ganz eigener Zusammenhalt. Ein sprichwörtlicher Lebenswille machte sich breit. „**Unser Deich hält**“, sagten Soldaten. „**Unsere Soldaten**“ sagten die Bauern. So galt es, die Evakuierten zu beliefern und die im Oderbruch.

## 3. Helfer in der Not und Händler mit Information

Die Zeitung war für die Evakuierten wie für die Helfer im Bruch wichtiges Kommunikationsmittel. Die Zeitung erwies sich dabei zwar

als träges, aber zuverlässiges Medium. Man kann sich den Schrecken vorstellen, den jede Meldung über einen Deichbruch auslöste. Und da Sommerloch war, war nur ein Tag mit Deichbruch ein guter Nachrichtentag. Scheinbar jeder freilaufende Oderbrücker wurde durchgeknetet und geschüttelt, bis er seine Geschichte preisgab. Wer selbst schon einmal gepackt hat, im Wissen, bald das Hab und Gut zu verlieren, weiß, wie gern man in dieser Situation Fragen beantwortet. Journalisten wurden zur Plage. Erst später, mit der Spendenwelle, dankte man für die Öffentlichkeit.

Aus Medien-Sicht war der schwärzeste Tag jener, an dem Helmut Kohl nach Altreetz kam. Für die Altreetzer, die auf dem Sandsackfüllplatz in der Sonnenglut schufteten, waren die wie ein Schwarm Schmeißfliegen den Kanzler umschwirrenden Journalisten ein widerlicher Anblick. Für ein gutes Bild, für einen guten Ton wurden die sorgsam aufgeschichteten Sandsäcke umgerannt, die Altreetzer beiseite geschubst, bis einigen von ihnen der Geduldsfaden riß: Kameraglaser klirrten.

Es gab eigentlich nur eine Chance, zu guten Texten und Bildern zu kommen und sich zugleich die Achtung der Oderbrücker zu erhalten. Man mußte mit ausharren, mittun. Eine Balance, die vor allem eine junge Frau von der Berliner Morgenpost gegangen ist. Sie hatte zeitweise sogar Bundeswehruniform an.

Typisch für die Berichterstattung insgesamt war eine Episode in einer Gaststätte in der Neuglitzener Straße in Hohenwutzen. In der Nacht zum 31. Juli war der Deich so weit gebrochen, daß die Spezialisten dem 250 Jahren alten Bollwerk keine Chance mehr gaben. Am Abend hofften die Fernsehleute, daß der Dammbbruch genau zur besten Nachrichtenzeit kommt: Tagesschaubeginn und **Bruch**. In diesen Stunden hatten Journalisten unterschiedliche Interessen: Schicksal und Sensation. Die Sensation erleben, hautnah – das kann die Chance für eine Karriere sein. Endlich die Reportage seines Lebens schreiben. Der Wirt, der bei jedem Bier, das er ausschenkt betonte, daß es das letzte Bier dieser Gaststätte sei, wirkte resigniert. Als ich das Glück hatte, den Deichbauleiter zu sprechen, er wohnt im Nachbardorf, konnte ich dem Wirt Mut machen. Mitten in das gedämpfte Gemurmel der ungeduldig auf ihren Einsatz wartenden, müden Journalisten klang es schon recht gewagt: „Der Damm hält“. Es war der in jenen Tagen am meisten gesprochene, beschwörende Satz.

#### **4. Ausblick: Muß Bericht über Katastrophen wie Heuschreckenjournalismus sein?**

Die Berichterstattung über das Oderhochwasser lief nach Schema F ab. Der ORB-Kommentar aus Frankfurt/Oder mußte aus dem Wasser erfolgen: Wie wohligh schrecklich. Statistik und Dramatik, ob es eine Zugkatastrophe oder eine Geiselnahme ist.

Wenn dieser Heuschreckenjournalismus noch nicht da ist, gibt es die Gefahren einer Katastrophe trotzdem. Vor wenigen Tagen hat ein Revierförster aus dem Berliner Umland zu mir gesagt: „Wenn das hier brennt, ist das nächste Dorf nicht zu halten.“ Ob die das in diesem Dorf wissen? Gebrannt hat es dort seit dem Krieg nicht mehr. Ohne Panikmache zu fragen „Was wäre wenn?“ bringt im Ernstfall eine andere Berichterstattung.



## **Leistungen und Fehlleistungen des Journalismus bei der Information der Bevölkerung während des Oder-Hochwassers**

**Manfred Füger, Innenministerium des Landes Brandenburg**

Ich danke Ihnen sehr für die Gelegenheit, im Rahmen dieses Workshops über Erfahrungen zu berichten, die wir während der Oder-Flut des vergangenen Jahres im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den Medien gemacht haben. Durch zwei Referate sind Ihnen ja schon die dramatischen Bilder in Erinnerung gerufen worden, die in diesen drei Wochen aus Brandenburg um die Welt gingen. Auch wenn sich die Folgen dieser Flut-Katastrophe dank des großen Einsatzes an Menschen und Material letztlich in Grenzen hielten – ich muß daran erinnern, daß es sich letztlich um die längste Katastrophenlage gehandelt hat, die wir in Deutschland erlebt haben. Daß dies gerade eines der neuen Bundesländer vor besondere Herausforderungen stellte – vor allem auch in der Medienarbeit – muß ich sicher nicht besonders betonen.

Es wurden in diesen drei Wochen an den Oder-Deichen die nahezu unvorstellbare Zahl von fast neun Millionen Sandsäcken gefüllt und verbaut, 5.000 laufende Meter Folie an der Wasserseite der Deiche verlegt, 1.400 Lastwagen und 61 Hubschrauber eingesetzt, und allein die Bundeswehr stellte während des gesamten Zeitraums 30.000 Hilfskräfte bereit. Mit diesem immensen Einsatz ist es vor 17 Monaten gelungen, das Schlimmste – nämlich die Überflutung des Oderbruchs mit der Folge einer Evakuierung von über 20.000 Menschen – zu verhindern. Und: Wir hatten nicht ein einziges Menschenleben zu beklagen. Wieviel schlimmer hatte es demgegenüber unsere polnischen Nachbarn getroffen, wo viele Menschen Opfer der Fluten und Tausende obdachlos wurden. Von diesem Elend haben die Medien, die sich in ihrer Berichterstattung fast ausnahmslos auf die Situation westlich der Oder und damit in Brandenburg konzentrierten, nur wenig vermittelt.

Die gewaltige Medienpräsenz entlang des westlichen Oder-Ufer, mit ihrem Schwerpunkt in der Stadt Frankfurt (Oder), über so einen langen Zeitraum hinweg war ein Novum für Deutschland und hat ein kleines Land wie Brandenburg natürlich vor Probleme gestellt. Bevor ich darauf eingehe und zu beschreiben versuche, wie wir diesen immensen Bedarf an Informationen – und: Stichwort Fernsehen, den Bedarf vor allem an Bildern – erfüllt haben und das weltweite Medieninteresse in verträgliche Bahnen lenken konnten, möchte ich Ihnen auch hier ein paar Zahlen nennen. Sie illustrieren am eindrucksvollsten, mit welchem Ansturm von Presse, Funk und Fernsehen wir es in diesen Wochen zu tun hatten:

Nach dem Ende der Katastrophenlage und der Einstellung der Arbeit des Zentralen Krisenstabes hatten wir im Innenministerium, das die gesamte Pressearbeit in dieser Zeit koordiniert hat, rund 7.000 telefonische Anfragen beantwortet. Außer aus Afrika haben wir Anfragen von Medien aller Kontinente registriert. Rund 300 mal standen die Mitarbeiter der Sonderpressestelle des Innenministeriums für Hörfunk-Statements bzw. Interviews zur Verfügung – und dies nicht nur in deutsch, sondern auch in englischer und französischer Sprache. Dies betraf – wohlgemerkt – nur die Anfragen an den Zentralen Krisenstab in der Landeshauptstadt Potsdam. Dazu kamen vielfältige Presseaktivitäten in den vom Hochwasser betroffenen Landkreisen. Eindrucksvoll sind auch die Zahlen, die die Bundeswehr zum Bereich der Öffentlichkeitsarbeit beigesteuert hat: Ihr Presseinformationszentrum hat insgesamt über 500 Journalisten betreut, darunter 80 aus dem Ausland; darüber hinaus wurden täglich fast 300 Presseanfragen beantwortet und durch die 9 eingesetzten Presse-Begleit-Offiziere insgesamt 267 Presseteams in den verschiedenen vom Hochwasser betroffenen Gebieten betreut.

Ich habe Ihnen dies deshalb so ausführlich geschildert, um deutlich zu machen, vor welche Probleme uns dieser massenhafte Ansturm der Medien gestellt hat. Wir hatten ja nicht viel Zeit, um uns auf die Katastrophe vorzubereiten. Ganz abgesehen davon, daß – wie ich schon deutlich gemacht habe – eine Katastrophe dieses Ausmaßes auch Bundesländer mit größerer Erfahrung vor Probleme gestellt hätte. Die Flut selbst haben wir, auch dank massiver Hilfe aus ganz Deutschland, letztlich erfolgreich bewältigt. Der Informationsflut mußten wir mit eigenen Mitteln Herr werden.

Absehbar war für uns am 14. Juli letzten Jahres, daß sich die dramatische Hochwassersituation, die wir in Polen registriert haben, auch auf den Brandenburger Oder-Abschnitt auswirken würde. Die „Stabsstelle Hochwasserabwehr und Hilfe für Polen“, die an diesem Tag spontan im Innenministerium eingerichtet worden war, wurde drei Tage später um den „Krisenstab Hochwasser“ ergänzt, der rund um die Uhr alle Maßnahmen der Hochwasserabwehr steuerte und die Zusammenarbeit mit den örtlichen Katastrophenschutzstäben in den betroffenen Landkreisen koordinierte. Vom 17. Juli an wurde auch die Informationstätigkeit gegenüber der Presse und der Öffentlichkeit erheblich intensiviert und ebenfalls zentral aus dem Innenministerium gesteuert.

Als erste Maßnahme haben wir, um der Anfrageflut nach Pegelständen, Hochwasserprognosen, vorbereitende Katastrophenschutzmaßnahmen etc. Herr zu werden, zwei Sonder-Telefonnummern geschaltet, an denen zwei Mitarbeiter im 2-Schicht-Dienst Auskunft gaben. Schon zwei Tage später zeigte sich, daß dies durch eine Nachschicht ergänzt werden mußte, so daß wir fortan rund um die Uhr für Auskünfte zur Verfügung standen. Dies konnten wir kompetent tun,

---

da die Pressestelle zügig alle notwendigen Informationen aus dem Zentralen Krisenstab erhielt.

Ich selbst habe als Leiter der Pressestelle den unmittelbaren Kontakt zum Krisenstab gehalten und an allen Sitzungen, die in der Regel drei- bis viermal am Tag stattfanden, teilgenommen. Damit war eine direkte Information an die Kolleginnen und Kollegen, die an den beiden Sondertelefonen saßen, jederzeit gewährleistet. Da diese Dienstleistung natürlich auch an den Wochenenden aufrecht erhalten werden mußte, waren wir gezwungen, auch andere Mitarbeiter sowohl aus dem Ministerium als auch von außerhalb dafür einzusetzen.

Ergänzend dazu will ich noch mitteilen, daß wir täglich um 12.00 Uhr – und zwar an allen 23 Tagen der Krise – im Ministerium eine Pressekonferenz veranstaltet haben, die entweder vom Chef des Krisenstabes – dem zuständigen Abteilungsleiter – oder vom Staatssekretär geleitet wurde. Zu allen aktuellen Fragen standen dabei stets auch die Vertreter der anderen beteiligten Behörden – also Umweltministerium und Landesumweltamt, der Polizei, und je nach Sachlage auch des Bau- und Verkehrsministeriums bzw. des Gesundheitsministerium – Rede und Antwort. Fast immer nahm daran auch der Verbindungsoffizier der Bundeswehr im Krisenstab teil. Somit bestand für den Teil der Presse, der nicht „vor Ort“ an der Oder arbeitete, eine tägliche Möglichkeit der unmittelbaren Information durch alle zuständigen und beteiligten Fachleute.

Soweit einige Fakten zur Pressearbeit im Ministerium, die natürlich auch von einer Vielzahl von Interviewwünschen an den Innenminister, der sich fast die ganze Zeit über „vor Ort“ befand, bzw. an den Leiter des Krisenstabes und auch an mich bestimmt war. Dies gibt mir gleich die Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß speziell meine Aufgabe darüber hinaus darin bestand, engen Kontakt mit dem Minister zu halten. Das hieß konkret, ihn über wesentliche Entscheidungen des Krisenstabes zu informieren, aber auch Informationen von ihm aufzunehmen und an den Krisenstab weiterzugeben. Wie wir das in einer Zeit, in der es noch keine Handys gab, bewerkstelligt hätten, weiß ich nicht – auf jeden Fall hat sich diese Erfindung im Fall der Oder-Flut als außerordentlich hilfreich erwiesen.

Soweit zur Medienarbeit im Ministerium. Ich habe aber schon angedeutet, daß die weitaus meisten Journalisten – und hier denke ich vor allem an die Fernsehteams aus vielen Teilen der Welt – natürlich „vor Ort“, in den Krisengebieten selbst, tätig waren. Und diese Krisenorte waren ja während der dreiwöchigen Katastrophenlage nicht immer dieselben, sondern sie haben sich – sozusagen analog zum Hochwasser-„Scheitel“ – gen Norden verändert. Zwar hatte die Presse ihr Hauptquartier in der Stadt Frankfurt (Oder) aufgeschlagen, die über etliche Tage hinweg selbst akut gefährdet war. Die eigentlichen Krisengebiete, in denen Deichbrüche drohten – und einer ja auch tatsächlich stattfand – befanden sich aber südlich und nördlich der Stadt.

Wir hatten es also mit wechselnden Krisengebieten zu tun, die noch dazu in verschiedenen Landkreisen lagen. Hier war also die Medienarbeit nicht mehr zentral von der Landeshauptstadt Potsdam aus zu leisten. Was wir im Ministerium leisten konnten, war, den personell in dieser Hinsicht natürlich überforderten Landkreisen Hilfe anzubieten und für eine professionelle Organisation zu sorgen.

Zu diesem Zweck hatten wir in der Pressearbeit erfahrene Kollegen aus anderen Bereichen der Landesregierung und aus nachgeordneten Behörden – beispielsweise der Polizei, aber auch aus Berlin – zur Unterstützung in diese Landkreise entsandt. Sie haben in Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden dafür gesorgt, daß alle Medienwünsche soweit wie möglich erfüllt werden konnte.

Der Zugang zu den Deichen war ja in diesen dramatischen Tagen und Nächten häufig nur noch eingeschränkt möglich. Dies bedeutete, daß sogenannte Medien-Pools gebildet werden mußten, und daß mit Hilfe von bereitgestellten Lkw kleinere Gruppen von Journalisten in die gefährdeten Gebiete transportiert wurden. Ähnliches galt für zahlreiche Hubschrauberflüge, die vor allem mit Hilfe der Bundeswehr realisiert werden konnten. Das ging, wie Sie sich angesichts der herrschenden Konkurrenz im Kampf um die besten Bilder denken können, am Anfang nicht ohne Probleme ab. Es klappte aber immer besser, als die Kolleginnen und Kollegen der Medien nämlich merkten, daß es hier bei der Zusammenstellung der diversen Pools so gerecht wie möglich zugeht. Dies führte dazu, daß auch die Vertreter der privaten und der öffentlich-rechtlichen Medien ihre Bilder und Originaltöne aus dem Krisengebiet austauschten und diese komplizierte Organisation im großen und ganzen, von einigen wenigen Beschwerden in der Anfangsphase abgesehen, doch recht gut funktionierte.

Meiner Ansicht nach konnte das aber nur klappen, weil wir sofort organisationserfahrene Medien-Profis zur Unterstützung an die Hochwasser-“Front“ geschickt haben, was letztlich auch von den örtlichen Behörden dankbar registriert wurde. Das war durchaus nicht selbstverständlich, weil es ja neben dem zentralen Krisenstab im Innenministerium auch örtliche Krisenstäbe in den Landkreisen gab. Katastrophenschutz, das muß ich in diesem Kreis nicht besonders erwähnen, ist Sache der örtlichen Behörden, die natürlich auch über ihre Kompetenz wachen und dies an anderer Stelle auch durchaus getan haben.

In der Öffentlichkeitsarbeit haben sie, das will ich ausdrücklich noch einmal wiederholen, gern auf die angebotene Unterstützung zurückgegriffen. Nicht zuletzt, weil es der lokalen Ebene in einer solchen Lage schlicht an der nötigen Manpower, aber auch an der gebotenen Erfahrung im Umgang mit den Medien fehlt. Insofern war die zentrale Organisation der dezentralen Medienarbeit in diesen schwierigen Tagen und Wochen der Krise unbedingt notwendig. Ich denke, daß die Anerkennung, die Brandenburg für sein Krisenmanagement

und auch seine Medienarbeit gefunden hat, letztlich auch eine Bestätigung dieser Handlungsweise war.

Zu dieser positiven Bilanz, die die anwesenden Journalisten hoffentlich im großen und ganzen auch bestätigen können, gehört auch die Feststellung, daß mir zur Frage nach den Fehlleistungen des Journalismus nicht viel einfällt. Natürlich fragt man sich – auch im Vergleich mit anderen Naturkatastrophen – im Nachhinein, ob diese gewaltige weltweite Medienpräsenz in Anbetracht des tatsächlichen Geschehens nicht übertrieben war. Da gilt es zu bedenken, daß das Ereignis mitten ins sogenannte Sommerloch fiel und dadurch zusätzliches Interesse erregte. Vielleicht spielte auch die Tatsache eine Rolle, daß erstmals nach der Wiedervereinigung der Osten Deutschlands eine solche Katastrophe erlebte.

Auch die Tatsache, daß die viel schlimmeren Ereignisse in Polen und Tschechien eher an den Rand gerieten, ist wohl weniger den Medien anzulasten, sondern eher Beweis dafür, daß man östlich unserer Grenzen noch längst nicht die Offenheit an den Tag legt, die mir geboten erscheint. Immerhin haben aber gerade die Medien auch einen großen Anteil daran, daß nach dem Ende der Katastrophe ein erklecklicher Anteil des hohen Spendenaufkommens auch in die schwer betroffenen Nachbarländer gegangen ist.

Auch bei der Berichterstattung „vor Ort“ möchte ich ausdrücklich nicht von journalistischen Fehlleistungen sprechen. Selbst die Boulevardpresse hat, soweit ich das überblicken kann, überwiegend sachlich und selten spekulativ oder sensationsheischend berichtet. Daß nicht jeder Journalist zu jeder Zeit an den Deich konnte, ist aus meiner Sicht zunehmend auf Einsicht gestoßen. Auch in Fällen, wo es Beschwerden gab, konnte zumeist vermittelt werden, daß man sich darum kümmerte oder überzeugende Argumente parat hatte. Ausdrücklich hervorheben möchte ich die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den beiden Hörfunksendern des Landes, die in den zwei Fällen, wo dies notwendig war, ihr Programm sofort für wichtige Informationen unterbrochen haben. Dabei ging es jeweils um Hinweise auf bevorstehende Evakuierungsmaßnahmen – ein Thema, das nach der Erfahrung, die ich gewonnen habe, am allerschwierigsten zu kommunizieren ist.

Ich denke, daß ich Ihnen mit diesen Bemerkungen einen Eindruck davon vermitteln konnte, wie wir den Umgang mit den Medien während der dreiwöchigen Hochwasser-Krise praktiziert haben. Mit einiger Wahrscheinlichkeit wird es eine Wetter-Konstellation mit derart dramatischen Auswirkungen so bald nicht wieder geben – aber auszuschließen ist natürlich nichts. Und deshalb werden die Erfahrungen, die wir gemacht haben, auch für die Zukunft nützlich sein.



# **Medien und Katastrophenvorbeugung**

## **Katastrophenvorsorge als Medienthema – wann ist es für Journalisten interessant? Eine höchst subjektive Betrachtung**

**Thomas Hillebrandt, Freier Fernsehjournalist**

Neben der Ankündigung dieses Themas und neben meinem Namen steht eine Berufsbezeichnung – oder besser: Tätigkeitsbeschreibung – die einer kurzen Erklärung bedarf: Freier Autor, in meinem Fall: Freier Fernsehautor. Diese Erklärung hat dabei vor allem etwas mit der wichtigen Frage zu tun: Welche Kriterien liegen der Entscheidung zu Grunde, dieses oder jenes Thema in einer Fernsehsendung, einem Magazin, einem Feature oder ähnlichem zu präsentieren?

Meine Arbeit als freier Fernsehautor bedeutet, daß ich in keinem festen Angestelltenverhältnis eines Fernsehsenders stehe oder sonstwie vertraglich an einen Sender gebunden bin. Ich biete meine Arbeitskraft einer Fernsehredaktion an und wenn der zuständige und damit entscheidungsberechtigte Redakteur oder die Redakteurin von dem von mir angebotenen Thema überzeugt ist, bekomme ich den Auftrag zur Realisation. Gleiches geht auch andersherum, dann wenn ein Thema vorliegt und die Redaktion in mir den geeigneten Autoren sieht.

### **Das Problem der Entscheidung**

Nach diesem Prinzip werden die weitaus meisten Fernsehsendungen produziert. Beispiel Westdeutscher Rundfunk: Etwa 45.000 fest angestellten Mitarbeitern (inklusive Verwaltung, Innere Dienste, Fahrer etc.) stehen angenommene 20.000 freie Mitarbeiter gegenüber. Das sieht bei anderen Sendern nicht anders aus.

Die Zahl der Sendeplätze im Fernsehen ist zudem endlich, ganz im Gegensatz zur Zahl der realisierbaren Themen. Fernsehen – und vor allem qualitativ ansprechendes Fernsehen – kostet darüber hinaus eine Menge Geld. Daher hat der Kostendruck auf die Sender und die einzelnen Redaktionen enorm zugenommen. Daraus ergibt sich wieder eine enorme Konkurrenz der Themen. Das Thema „Katastrophenvorsorge“ konkurriert dabei vor allem auch mit dem Thema „Katastrophe“.

Kurz: Wenn es irgendwo auf der Welt knallt, sind alle wieder da, hört der Knall auf, sind alle wieder weg!

Zur Information: Ein Kamerateam kostet am Tag etwa 1.500 DM, ein guter Schnittplatz etwa 2.000 DM, je nach Ausstattung auch mehr. Das alles muß demnach für den Sender optimal eingesetzt werden. Fällt die Entscheidung für ein Thema, wird eine „Sendermaschinerie“ in Gang gesetzt, in der es je nach Länge und Aufwand um mehrere hunderttausend Mark gehen kann.



Daher würde ich das Thema meines Vortrages gerne leicht abändern: Nicht: Katastrophenvorsorge als Medienthema – Wann ist es für Journalisten interessant?, sondern: Wann ist es für die journalistischen Entscheidungsträger interessant?

Einen Journalisten oder Autoren für das Thema „Katastrophenvorsorge“ zu interessieren nützt wenig, wenn dieser keine Möglichkeiten zur Realisation hat und das Thema damit keinen Weg in die Öffentlichkeit findet. Es geht kurz und knapp um die Beantwortung der einen Frage, die in allen Redaktionen dann gestellt wird, wenn es an die Entscheidung geht: „Warum sollten wir das tun?“ Auf diese einfache Frage gilt es eine einfache Antwort zu finden. Auch für grundsätzlich interessierte Redaktionen gibt es immer die interne Auseinandersetzung zwischen redaktionellen Wünschen und produktionstechnischen Einschränkungen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich ein wenig von meinen Erfahrungen berichten, Themen in das Fernsehen zu bringen und meine daraus abgeleiteten Empfehlungen an diejenigen, die in der Katastrophenvorsorge tätig sind – eine naturgemäß höchst subjektive Betrachtungsweise.

### **Das Problem der Information**

Anlässe und Bilder zu schaffen ist eine Sache – dazu später –, die entsprechenden Redaktionen davon zu informieren eine ganz andere! Ich habe oft erlebt, daß lieblos zusammengeschusterte Pressemitteilungen per Fax eintrafen, in denen auf ein im Prinzip spannendes Ereignis hingewiesen wurde, das leider zum Zeitpunkt der Veröffentlichung bereits stattgefunden hatte! Dumm gelaufen!

Nur wer die Zwänge des Fernsehens kennt – und sie in gewissem Sinne auch respektiert – kann die eigene Veranstaltung, das eigene Thema aus dem Bereich der Katastrophenvorsorge so präsentieren, das die Beantwortung der mittlerweile bekannten Frage einfacher fällt.

Es geht darum, Multiplikatoren in eigener Sache zu schaffen. Das sind zunächst sicherlich einmal die Redaktionen bei den Fernsehsendern selbst, aber vor allem – wie bereits erwähnt – freie Autoren und auch Produktionsfirmen, die in den jeweiligen Redaktionen eingeführt sind und ihre Themen leicht dort plazieren können.

Dazu kann für viele Organisationen zum Beispiel auch die Schaffung eines speziellen Pools freier Autoren gehören, sei es durch persönliche Kontakte oder auch entsprechende Mitteilungen in Fachzeitschriften (z.B. der Journalist). Klare Zielsetzung ist dabei, mittelfristig Beiträge nicht über Redaktionen, sondern über ausgewählte Autoren in entsprechenden Sendungen zu plazieren. Dieses Verfahren hat Vorteile für beide Seiten. Die Autoren werden gezielt mit allen notwendigen Informationen versorgt und ihr Rechercheaufwand minimiert. Denkbar sind zum Beispiel Freiabos entsprechender Fachzeit-

schriften und der direkte Zugang zu speziellen Infodiensten. Und sie werden in mittel- bis langfristige Planungen eingebunden, die es ihnen ermöglicht, frühzeitig Themen zu plazieren. Die Organisationen haben auf der anderen Seite eine bessere Möglichkeit zu zielgerichteten Aktionen, einen oft direkteren Zugang zu den Redaktionen und die nicht zu unterschätzende Gewißheit, daß Themen, die ein Mindestmaß an fachlicher Kompetenz erfordern, auch von kompetenten Autoren bearbeitet werden.

### **Das Problem der Bilder**

Fernsehen braucht Bilder – eine banale Feststellung, die aber das grundlegende Problem der Themenplazierung trifft. Ist die Katastrophe eingetreten, braucht sich kein Fernsehverantwortlicher um Bilder Sorgen zu machen, sie sind einfach da. Die Visualisierung der Anstrengungen vor der Katastrophe ist schon bedeutend schwieriger – aber gerade dieser Umstand schafft neue Möglichkeiten für engagierte Katastrophenvorsorger!

Mein Appell: Schafft Anlässe und Bilder! Übungen, Installation oder Erprobung von Geräten, Computeranimierte Darstellungen oder Simulationsszenarien und vieles mehr lassen sich einsetzen, um diese Bilder zu schaffen. Gibt es Bilder, lassen sich Informationen transportieren und fällt die Antwort auf die Frage leichter: „Warum sollten wir das tun?“

Ein Beispiel: Ich hatte das Glück, für die Redaktion Wissenschaft und Ökologie mit der Redaktion von Alfred Thorwarth ein 45-Minuten-Feature über Katastrophenfrühwarnung zu realisieren. Anlaß war die Early Warning Conference am GFZ in Potsdam. Ungeachtet der Tatsache, das ich das Glück habe, in Herrn Thorwarth einen grundsätzlich an diesen Thematik interessierten Redakteur zu haben, entstand dabei aber auch das Problem der Bilder. Es gibt – für das Fernsehen – kaum etwas tödlicheres als 45 Minuten Bilder einer Konferenz zu senden. Also müssen Aktionen und damit Bilder her. Nur die Tatsache, daß in der festgelegten Drehzeit solche Aktionen rund um Istanbul in Sachen Erdbeben-Frühwarnung, am Vulkan Merapi in Indonesien und auch an der DLR in Köln stattfanden, hat die Realisation des Films ermöglicht. Damit wurden dann auch die Informationen hinsichtlich der Konferenz transportierbar.

Ein enorm wichtiger Aspekt beim „Problem der Bilder“ ist die Möglichkeit für Autoren, Filmmaterial zu verwenden, das noch nirgendwo sonst verwendet wurde. Also zum Beispiel eigenes Material von Katastrophenfachleuten vor Ort oder Videobänder, die die eigene Arbeit in fremden Ländern dokumentieren. Viele Organisationen, Institute oder Forschungseinrichtungen haben solches Material, das oft leider viel zu selten oder viel zu zaghaft angeboten wird oder – was häufig vorkommt – leider nicht den Minimalanforderungen von Fernsehsendern entspricht.

Auch hier gibt es positive und negative Beispiele aus vielen Bereichen: Ein Meeresbiologe der Universität Kiel, den ich inzwischen gut kenne, hat alle seine Antarktisreisen zur Pinguinforschung mit einer S-VHS-Kamera in einer Art und Weise dokumentiert, daß ich Filme mit diesem Material in verschiedenen Wissenschaftssendungen plazieren konnte.

Auf der anderen Seite wurde mir von Instituten bereits Filmmaterial mit den Worten angeboten „Das ist bislang einmalig“, mit dem man vor lauter Schwenks, Zooms und Blendenproblemen leider überhaupt nichts anfangen konnte. Gerade auf diesem Sektor gäbe es also viel zu tun und viele Möglichkeiten, den Kontakt zwischen Fernsehredaktionen und denjenigen, die sich mit Katastrophenvorsorge beschäftigen, zu verbessern.

### **Das Problem der Aktualität**

Zu den wichtigen Fragen von Entscheidungsträgern gehört auch: „Schöne Geschichte, schöne Bilder, aber warum gerade jetzt?“ Beim Thema „Katastrophenvorsorge“ heißt das oft: „Kommen Sie noch mal vorbei, wenn was passiert ist!“.

Dies macht deutlich, das bei der gewünschten Plazierung solcher Themen eine zumindest mittelfristige Planung unumgänglich ist. Gibt es keine Aktualität, muß man sie schaffen, muß man den Anreiz erhöhen, das Thema jetzt – und nur jetzt zu bearbeiten. Das Problem der Aktualität hängt dabei ganz eng mit allen vorher erwähnten Problemen zusammen: Welche Information steckt dahinter, welche Bilder gibt es?

Wenn ich meine Aktivitäten auf dem Gebiet der Katastrophenvorsorge in die Medien bringen will, muß ich diese Zwänge beachten und sie für die Entscheidungsträger des Fernsehens lösen.

### **Ausblick**

Wenn es also gelingt, die vorgenannten Probleme zu lösen, schafft man damit meiner Überzeugung nach auch eine grundsätzliche Sensibilisierung der entsprechenden Sender und Redaktionen für den gesamten Themenbereich.

Die Entscheidungsträger und Multiplikatoren werden mit der Zeit erkennen, welche enorme Themenfülle und -bandbreite „Katastrophenvorsorge“ bietet und daß diese Themen in einer inhaltlich und optisch qualitativ hochwertigen Art und Weise umsetzbar sind.

Damit siegt mit jedem Mal das Maß der Offenheit für diese Themen – und das ist schließlich Ziel der ganzen Sache.

## **Vorbereitung der Bevölkerung auf den Katastrophenfall – die Rolle der Massenmedien aus Sicht einer Behörde**

**Horst Dölling, Stadtverwaltung Halle/Saale**

### **Thesen**

1. Die Zusammenarbeit der Gefahrenabwehrbehörde mit den Massenmedien ist unabdingbar nötig.
  - So erreicht man in kurzer Zeit große Anteile der möglicherweise betroffenen Bevölkerung.
2. Die Gefahrenabwehrbehörde sollte die Massenmedien permanent in ihre Arbeit integrieren, um
  - die technischen Möglichkeiten der Massenmedien für die Information der Bevölkerung allumfassend zu nutzen (Videotext, Laufschrift) und
  - eine objektive, der konkreten Lage angepaßte Berichterstattung zu erreichen.
3. Auch die Vertreter der Massenmedien sollten sich ihrer Verantwortung gegenüber Betroffenen und Hinterbliebenen bei Schadenereignissen bewußt sein.
  - Schulung und Qualifizierung im Zusammenwirken mit den Gefahrenabwehrbehörden.
  - Pflege eines ständigen Kontaktes zum Gesamtsystem der Gefahrenabwehr.
4. Wenn man sich kennt (persönlich und fachlich) ist mit Sicherheit eine kompetente, abgestimmte und objektive Berichterstattung möglich.
5. Für die Stadtverwaltung Halle (Saale) hat sich im Rahmen des Gesamtkonzepts Gefahrenabwehr die regelmäßige Zusammenarbeit mit allen Bereichen des öffentlichen Lebens bei konkreten Schadenslagen bewährt, z.B.
  - Hochwasser 1994
  - Kirchenbrand 1999 (mit betroffenem Kulturgut)
  - Munitionsfunde/Kampfmittelfunde
  - Massenansturm von Geschädigten
  - Großbrände
6. Nutzung der Massenmedien zur Sensibilisierung der Bevölkerung hinsichtlich möglicher Gefährdungen (Zusammenarbeit der Massenmedien auch mit möglichen Schadenverursachern).

## **Einsatz von Informationskampagnen zur Erhöhung des öffentlichen Bewußtseinsstandes über Naturrisiken und Katastrophenschutz**

**Dr. Anne Eckhardt, Basler & Hofmann, Schweiz\***

### **Naturrisiken in der Schweiz**

Aufgrund ihrer Topographie und geographischen Lage ist die Schweiz vielfältigen Naturrisiken ausgesetzt. Naturkatastrophen sind Schädenergebnisse, deren Ausmaß die Mittel und Möglichkeiten der unmittelbar betroffenen Gemeinschaft übersteigt. Die Schwerpunkte möglicher Naturkatastrophen sind regional uneinheitlich verteilt. Steht beispielsweise im Kanton Basel-Stadt das Naturrisiko Erdbeben im Vordergrund, sind es im Kanton Uri Hochwasser, Lawinen und Erdstöße. Informationskampagnen für die Bevölkerung der ganzen Schweiz sind daher nur bedingt sinnvoll und zum Teil auch nur schwer mit den föderalistischen Strukturen vereinbar.

### **Beispiel Reuss-Hochwasser 1987**

Informationskampagnen im Gefolge einer Naturkatastrophe können mittlerweile über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren am Reuss-Hochwasser 1987 verfolgt werden. Dieses Ereignis forderte keine Menschenleben, machte jedoch zahlreiche Evakuierungen und einen massiven Einsatz von Feuerwehren, Zivilschutz und Armee erforderlich. Der entstandene Sachschaden, insbesondere an Infrastruktureinrichtungen, wird auf rund 500 Mio. Fr. geschätzt. Das Hochwasser entstand durch ein seltenes Zusammentreffen von starken Niederschlägen im Einzugsgebiet der Reuss, wassergesättigten Böden und einer ungewöhnlichen hohen Schneefallgrenze. Die Schäden gehen überwiegend auf die nur wenige Stunden andauernde Hochwasserspitze in der Nacht vom 24. auf den 25. August 1987 zurück.

In der akuten Krisenphase wurde die Bevölkerung, wie in der Schweiz allgemein bei Katastrophen vorgesehen, über Radio orientiert. Der Kantonale Führungsstab und die Staatskanzlei des Kantons Uri richteten gemeinsam eine Pressestelle ein. Radio DRS betrieb vorübergehend ein Regionalstudio im Hochwassergebiet. Das Ereignis fand in den Medien hohe Aufmerksamkeit. Die Zusammenarbeit mit den Journalistinnen und Journalisten wurde von den Behörden rückblickend als zufriedenstellend und die Berichterstattung als überwiegend sachgerecht empfunden.

Um entstandene Schäden zu beseitigen, vor allem aber auch um künftigen ähnlichen Ereignissen vorzubeugen, waren nach dem Ereignis

---

\* Die Autorin dankt Herrn Heinz Weber, Kantonales Bauamt Uri, für seinen wertvollen Beitrag zum vorliegenden Referat.

nis umfangreiche bauliche Hochwasserschutzmaßnahmen im Umfeld der Reuss erforderlich. In enger Zusammenarbeit mit anderen betroffenen Fachstellen, insbesondere den Gemeindebehörden, entwickelte der Kanton ein Hochwasserschutzkonzept, das zum Teil bisher ungewöhnliche Maßnahmen vorsah. So wurden streckenweise je nach Bedeutung der gefährdeten Schutzgüter auf beiden Seiten des Flusses unterschiedlich hohe Dämme geplant und eine kontrollierte Entlastung durch Überströmen der Reuss auf die Autobahn N2 vorgesehen. Um das Schutzkonzept zu erläutern, wurde an alle Haushalte eine Broschüre verteilt; in den Gemeinden fanden Orientierungen statt. An einer Volksabstimmung nahm die Bevölkerung des Kantons Uri 1992 das Hochwasserschutzprogramm mit rund 70 % der abgegebenen Stimmen an.

Die baulichen Maßnahmen wirkten sich vor allem auf Grundeigentümer im Nahbereich der Reuss aus. Mit diesen direkt Betroffenen wurden teils mehrfach persönliche Gespräche geführt. Ergänzend fanden erneut Orientierungen an den Gemeindeversammlungen statt. Diese sorgfältige Vorbereitung führte dazu, daß es schließlich bei der Planaufgabe kaum Einsprachen gab. Auch bei der Bauausführung wurde bewußt auf die Anliegen besonderer Interessengruppen wie Landwirte und Fischer Rücksicht genommen. Im Verlauf der Arbeiten wurden die Medien immer wieder über Fortschritte orientiert. Zahlreiche Führungen fanden statt, und gelegentlich nutzte die Bevölkerung auch die Arbeiten, um sich vor Ort bei Behördenvertretern, Bauleitern und anderen Projektbeteiligten zu informieren.

### **Information über Naturrisiken allgemein**

Das Hochwasser Reuss zeigt beispielhaft die Bedeutung direkter Information, vor allem aber wechselseitiger, auf die Bedürfnisse einzelner Zielgruppen ausgerichteter Kommunikation auf, wie sie konventionelle Informationskampagnen nicht leisten können. Es spiegelt zudem einige wesentliche Grundsätze der Information über Krisenlagen in der Schweiz wider: Der Eigenverantwortung der Bevölkerung wird ein hoher Stellenwert zugemessen. Insbesondere in den Bergkantonen kann von Vertrautheit mit den bestehenden Naturrisiken ausgegangen werden, die keine weitere Information erforderlich macht. Als problematisch erweisen sich hier allerdings die wachsende Migration, vereinzelt auch die Anwesenheit von Touristen und Gästen. Nach dem Subsidiaritätsprinzip sollen Aufgaben, die den Schutz vor Naturgefahren betreffen, auf möglichst tiefer Ebene, vor Ort gelöst werden. Im Ereignisfall kommen zunächst die Feuerwehren, dann der Zivilschutz zum Einsatz, die überwiegend nach dem Milizsystem organisiert sind. Bei den lokalen Einsatzdiensten kann von Vertrautheit mit den vorherrschenden Naturrisiken einerseits und einer engen auch kommunikativen Einbindung in die Bevölkerung andererseits ausgegangen werden.

Minimalinformationen über das Verhalten im Katastrophenfall sind in jedem Schweizer Telefonbuch enthalten. Daß bei einem Alarm das Radio eingeschaltet werden sollte, um die notwendigen Informationen der Behörden zu erhalten, ist in der Bevölkerung weitgehend bekannt. Allerdings wird diese gut eingespielte Vorgehensweise heute unter anderem durch elektronische Telefonbücher und Fernsehen mehr und mehr in Frage gestellt.

### **Wer informiert? Behörden, Versicherungen, Medien**

Durch eigentliche Informationskampagnen, sei es von Seiten der Bundesämter, sei es von Seiten der kantonalen Behörden, werden heute ausschließlich Fachleute angesprochen, die z.B. mit raumplanerischen, forstlichen oder baulichen Mitteln einen Schutz vor Naturkatastrophen erzielen. Künftig plant die nationale Plattform Naturgefahren, PLANAT, den Dialog mit der Öffentlichkeit aufzunehmen und Naturrisiken stärker in das Bewußtsein der Bevölkerung zu rücken. Für die Versicherungen besteht in der Schweiz wenig Anreiz zur Information, da die obligatorische Elementarschadenversicherung von Gebäuden keine flexible Prämiengestaltung erlaubt. Die Aufmerksamkeit in den Medien konzentriert sich weitgehend auf bereits eingetretene Ereignisse und deren Bewältigung. Vereinzelt dienen beispielsweise Fachtagungen zu Naturrisiken als Anlaß für wissenschaftsjournalistische Artikel. Im Vergleich zu den Naturkatastrophen wird über Naturgefahren, die Einzelpersonen oder kleine Gruppen bedrohen, z. B. die Lawinengefahr auf Skitouren, intensiver informiert. Entsprechende Kampagnen gehen vor allem auf die Schweizerische Beratungsstelle für Unfallverhütung zurück.

### **Fazit**

Der Informationsbedarf über Naturrisiken verändert sich gemeinsam mit den gesellschaftlichen Strukturen in der Schweiz. In Zukunft führt der absehbare Wandel zu einer übergreifenden, an Nutzen/Kostenüberlegungen ausgerichteten „Risikokultur“ zu vermehrtem Bedarf an Information für und Dialog mit der Öffentlichkeit.





## **Resümee**

## Abschlußkommentar

**Günter Hölter, Leiter a.D. von Caritas international**

Vorab eine persönliche Bemerkung: der Workshop war für mich eine Veranstaltung von hoher Qualität und spürbarem Engagement, geprägt von der Bereitschaft aller, sich nicht nur der Komplexität der Fragen zu stellen sondern auch sich selbstkritisch zu hinterfragen.

Es geht mir nicht darum, Gesagtes zu wiederholen, zu kommentieren oder gar zu bewerten. Einige sich aus den Ausführungen und Diskussionsbeiträgen ergebende Merkworte sollen dazu dienen, gewisse Fokussierungen vornehmen zu können. Allerdings werde ich mir aufgrund vielfacher und langjähriger Berufserfahrung erlauben, fallweise eigene Gedanken mit einfließen zu lassen.

Wenn auch bewußt die Einschränkung auf Naturkatastrophen im Inland vorgenommen worden ist, so sind dennoch manche Überlegungen und Aussagen nur verständlich bei Akzeptanz der Interdependenz von Einflußfaktoren, die weder vor Grenzen noch vor dem Menschen als Handelnden Halt machen. Die Oderflut mag ein Beispiel dafür sein.

1. Das von Anfang an erkennbare und aufgezeigte Spannungsfeld zwischen Medien und Katastrophen, zwischen deren Beobachtern, Berichterstattern sowie Akteuren der Verwaltung und Organisationen erfordert eine klare Rollendefinition. Eigen- und Fremdinteresse bilden wichtige Einflußfaktoren, über die man sich bei einer notwendigen Analyse Klarheit verschaffen sollte.

Die Medien sind der Berichterstattung verpflichtet, ohne sich von den Akteuren oder den Ereignissen vereinnahmen zu lassen. Den Akteuren dagegen steht kein Freiraum zu, in dem sie nach Belieben schalten und walten können. In der Konsequenz erfordert dies, einen Umgang mit- und untereinander zu entwickeln, der von kritischer Distanz und Grundehrlichkeit geprägt sei sollte.

Eine solche Einstellung ist hilfreich, wenn z.B. die Verwaltung oder/und analog die Organisationen den Medien eine gesellschaftliche Funktion zuweisen möchten, bei dem berechtigten Eigeninteressen der Medien, mit originärem Informationsmaterial zu arbeiten. In einem solchen Prozeß wird sich herausstellen, daß das Produkt INFO als potentiell Vermarktungsobjekt zwangsläufig Konfliktpotential in sich birgt. Die Kurzlebigkeit der Vermarktungsmöglichkeit kollidiert mit einer notwendigen kontinuierlichen Berichterstattung angesichts der Komplexität des Themas.

Aufgrund dieser Tatsache drängt sich die Erkenntnis auf, daß Katastrophen, Katastrophenhilfe, Katastrophenvorbeugung letztlich kein ‚Dauerthema‘ der Massenmedien sein kann. Um so größer ist die Chance, mit sachkundigen Autoren eine Kommunikationsstra-

tegie zu entwickeln, die in dem aufgezeigten Spannungsfeld den unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen kann, ohne in der Gefahr zu stehen, vereinnahmt zu werden bzw. Hofberichterstattung zu betreiben. Da Katastrophen, deren Hilfsmechanismen und vor allem auch das Bemühen um Vorbeugung eine große gesellschaftspolitische Relevanz aufwerfen können, drängen sich auch Fragen zur Ethik auf.

2. Sowohl für die Medien als auch für die potentiellen Helfer ist die Standortfrage von besonderer Bedeutung. Dies kann aber nicht nur räumlich gemeint sein. Jedes Geschehen findet in einem sozialen, wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und auch geistigen Umfeld statt. Da Ereignisse unterschiedlichster Art letztlich nur in Bezug auf den Menschen zur Katastrophe werden bzw. als solche empfunden werden, verstärkt sich die Möglichkeit zum Verstehen mit der sogenannten Standortnähe.

Je technisch aufwendiger die Berichterstattung ist, Entscheidungsabläufe über Sendeplätze zentralisiert sind, Personal nur unter Kostenaspekten eingesetzt wird, um so mehr kann auch die inhaltliche Distanz zu einer distanzierteren, aber auch neutraleren Berichterstattung führen. In gleichem Maße kann diese aber auch in einer Weise verzerrt werden, daß sich der unmittelbar Erlebende, der Betroffene bei Kenntnis einer solchen Berichterstattung fragt, wo er eigentlich gewesen ist.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit des Zusammenspiels der unterschiedlichen Medien. Die Lokalredaktion ist nicht nur in der Lage, genauer und situationsgerechter zu berichten, sondern vermag auch, einen gesellschaftspolitischen Beitrag zu leisten z.B. durch das Aufwecken, Aufdecken eines großen Selbsthilfepotentials der Betroffenen in und mit deren Umfeld. Analog gilt dies ebenso für die Akteure: Helfer und Verwaltung.

Die Standortnähe läßt eine kontinuierliche Berichterstattung zu, ermöglicht in Verbindung mit Betroffenen und Akteuren eine Analyse dessen, was geschehen ist und warum es so geschehen ist. Damit eröffnet sich die Möglichkeit, von Anfang an erste Gedanken der Vorbeugung in die Hilfskonzepte einzubringen, wenn nicht gar einzubinden. Standortnähe in diesem Zusammenhang heißt aber auch, den lokalen Möglichkeiten den Vorrang einzuräumen, solange diese reichen, mit der Situation aus eigenen Kräften fertig zu werden.

3. Immer wieder zeigt sich, daß der Mangel an Geld mehr bewirken kann, als die Einsicht, etwas so und nicht anders tun zu müssen. Mit der Überzeugung, sich gegen und für alles absichern zu können, für den Fall X die entsprechende Leistung abrufen zu können, hat sich eine Vollkaskomentalität entwickelt, die zunehmend nicht mehr bezahlbar ist. ‚Gewinne individualisieren, Verluste sozialisieren‘ ist zwar ein bequemes, billiges Schlagwort, doch zeigt im Fall

von Katastrophen und deren Vorbeugung der Ruf nach dem Staat die Virulenz solchen Denkens.

Katastrophen zeigen die Grenzen der Machbarkeit auf. Zu einfach wäre es wiederum, an die Medien zu appellieren, mitzuhelfen, Eigenverantwortung und Risikobereitschaft zu wecken. Hier bedarf es der kritischen Begleitung, Verantwortungsbereiche zurückzufordern, die von den Akteuren zu gerne akquiriert und von den Betroffenen zu gerne abgegeben worden sind.

Wie dem auch sein, die Bereitschaft zur Katastrophenvorbeugung wird oft erst in einem Ernstfall als notwendig erkennbar. Um so notwendiger wird es, die zuvor erwähnte Kommunikationsstrategie im Auge zu behalten. ‚Eigenverantwortung vs. Fremdverantwortung‘, ‚Risikokultur vs. Sicherheitskultur‘ sind Pole, die eine Spannung erzeugen, Potentiale größeren Ausmaßes zu erschließen.

4. Die Wege zur Informationsgewinnung haben sich rasant geändert. War vor etwa 15-20 Jahren der Einsatz eines Satellitentelephons ein technisch anspruchsvolles und kostspieliges Unternehmen, so stehen heute viele Quellen in vielfältiger Form zur Verfügung. Der oft mühevollen Einsatz zur Informationsgewinnung wird zunehmend abgelöst durch das Problem der Auswahl. Das wiederum ist nicht nur eine Frage des Informanten, des Berichterstatters, sondern zunehmend eine Frage des die Auswahl bestimmenden Redakteurs. Der Hinweis auf den WDR mit etwa 45.000 eigenen und 20.000 freien Mit- und Zuarbeitern läßt erkennen, welcher Bedeutung die Auswahl zukommt. Ein Bericht mag qualitativ noch so gut sein, über den ‚Sendeplatz‘ entscheiden andere.

Zwangsläufig stellt sich damit die Frage der Verantwortung, der Gesamtverantwortung. Abgesehen davon, daß niemand mir nichts dir nichts gezwungen werden kann, sich der vermeintlichen oder tatsächlichen Verantwortung zu stellen, bleibt die Frage, ob den Wirkungen der Medien bei der steigenden Angebotsvielfalt die Rolle zukommt, die ihnen gerne zugeteilt wird, wenn es um die Konkretisierung eigener Wünsche geht.

Soweit aber die Berichterstattung zum Zuge kommt, wird sie sich zunehmend auch der Komplexität des Themas annehmen und sich daran messen. Das bedeutet z.B., die Ereignisse nicht isoliert zu sehen, sondern in ihrer Entstehung, in ihrer Interdependenz verschiedener Faktoren, die das Ausmaß der Katastrophenanfälligkeit erkennen, zumindest erahnen lassen. Trotz der Beschränkung auf Naturkatastrophen kann die Tatsache nicht außer acht gelassen werden, daß es kaum reine Naturkatastrophen gibt. So können die zunehmenden Überschwemmungen, Bergrutsche, Lawinen usw. die Tatsache z.B. des Siedlungsdrucks in gefährdeten Gebieten nicht ausblenden. Diese Zusammenhänge aufzuzeigen, ist eine nicht zu unterschätzende Aufgabe der Medien, die dabei allerdings

---

auf die Begleitung durch die Wissenschaft und die Verwaltung angewiesen sind. Konflikte sind dabei vorprogrammiert.

5. Während die zuvor angerissenen Merkpunkte aus unterschiedlichen Perspektiven angesprochen und diskutiert worden sind, möchte ich nachfolgend zwei immer wieder gemachte Beobachtungen und Erfahrungen ergänzend ansprechen. Nach allgemeinem Verständnis wird ein Ereignis erst dann zu einer Katastrophe, wenn die von Ereignissen unterschiedlichster Art betroffenen Menschen sich aus eigener Kraft nicht mehr helfen können.

Sowohl bei den Medien als auch bei den Helfern ist immer wieder zu beobachten, daß Betroffene zu gern als hilflose Opfer gesehen und gebraucht werden. Damit öffnet sich eine breite Skala des Einsatzes medialer Mittel. Nicht anders das Verhalten mancher Akteure. Die Unterstellung absoluter Hilflosigkeit entbindet des kritischen und – richtig verstanden – distanzierten Hinsehens, legitimiert ein immer wieder zu beobachtendes paternalistisches Verhalten, einen das vorhandene Hilfspotential nicht beachtenden Interventionismus, unter dem Stichwort ‚Blaulichtmentalität‘ nicht ganz unbekannt. In diesem Zusammenhang ist zuweilen eine unheilige Allianz zwischen Medien und Akteuren zu beobachten: Mit den Medien kommen, mit den Medien gehen, ein Verhalten, das vor allem die Hilfe leistenden Akteure hinterfragen sollten. Der Kurdenkonflikt im Irak war ein klassisches Beispiel dafür.

Die zweite Beobachtung steht in einem engen Zusammenhang damit, wenn das Opfer in seiner Not gnadenlos abgetastet wird. Von Not getroffen zu werden und diese erleiden zu müssen, gehört zum Intimbereich des Menschen. Selbst in solchen Situationen, besteht der Anspruch, in seiner Würde geachtet zu werden. Dies gilt nicht nur für die Berichterstattung sondern auch für den Hilfseinsatz.

Beide Aspekte stehen in einem unmittelbarem Zusammenhang auch für Vorsorgekonzepte. Unvergeßlich bleibt die Szene des versinkenden und sterbenden Mädchens nach dem Vulkanausbruch in Amero (Kolumbien). So hatte unter anderem diese Berichterstattung eine Spenden- und Hilfsflut für die betroffene Bevölkerung ausgelöst, die zu über 90 % den Tod gefunden hatte. Allerdings war dies auch der Beginn eines Innehaltens mit dem Versuch, Eigen- und Fremdinteressen neu zu definieren.

## Abschlußkommentar

**Dr. Eckart Klaus Roloff, Rheinischer Merkur**

Als Resümee dieses Workshops möchte ich folgendes sagen: Ich fand die Referate durchweg sehr gut, die Spanne der Themen war gut abgedeckt, die Teilnehmer waren erfreulich heterogen, also aus fast allen Bereichen, die mit diesem Thema zu tun haben. Nach meinen Beobachtungen waren die Zuhörer sehr aufmerksam; nicht nur ich habe in diesen beiden Tagen viel dazugelernt. Wenn ich aus meiner Praxis etwas sagen darf: Für mich ist es schon ungewöhnlich, daß ich mir zwei Tage Zeit nehme (oder nehmen kann), um bei einer Veranstaltung zu sein. Vielen Dank auch dafür, daß uns Herr Geier vom Arbeiter-Samariter-Bund Köln sogar eine Exklusivumfrage geboten hat. Für dies alles kann ich nichts anderes vergeben als die Note 1.

Trotzdem noch einige Bemerkungen, die keinesfalls negativ zu werten sind, sondern nur als subjektive Anregungen:

1. Es sollte möglichst bald einen Tagungsbericht geben, mit weiteren Unterlagen, Adressen, Literaturhinweisen.
2. Wie wäre es, auch einmal Betroffene und Opfer von Katastrophen einzuladen, etwa aus Hochwassergebieten? Wie erleben sie diese Zeit, die Hilfe, die Schäden, die Reporter, deren Berichterstattung?
3. Ist es denkbar, so etwas wie einen Pool von/für „Katastrophenjournalisten“ zu schaffen, die sich nicht unbedingt vor Ort mit solchen Fragen befassen, sondern eher prophylaktisch/politisch/ökologisch darüber nachdenken, als ständiges Thema auch ohne aktuellen Bezug?
4. Eine wichtige Frage, die immer wieder angetippt wurde, aber ausführlicher behandelt werden sollte: Wie ist das mit dem „Druck von oben“, den die ReporterInnen vor allem der Boulevardzeitungen und der Privatsender behaupten? Wer drückt wo wie stark? Gibt es Gegendruck?
5. Die Katastrophensoziologie kam etwas zu kurz – vielleicht hätte man Herrn Clausen auch einladen sollen.

Zum Schluß eine herzliche Bitte: Dieser Workshop möge fortgesetzt werden.

## **Ergebnisse des Workshops**

**Dr. Hans Peter Peters, Forschungszentrum Jülich**  
**Dr. Susanne Reiff, Geschäftsstelle des IDNDR**

Rund 30 Teilnehmer – Praktiker und Wissenschaftler aus den Bereichen Katastrophenschutz sowie Journalisten und Kommunikationswissenschaftler – nahmen vom 3.-4. Dezember 1998 am Werkstattgespräch „Naturkatastrophen und die Medien“ teil.

Das Werkstattgespräch hatte zum Ziel, Katastrophenschützer und Journalisten sowie Praktiker und Theoretiker zusammenzubringen, einen Dialog zwischen diesen Gruppen zu initiieren und eine erste Bestandsaufnahme über Probleme und Ansätze im Bereich der öffentlichen Kommunikation vor, während und nach Naturkatastrophen zu gewinnen.

Das Programm (siehe Anhang) sah eine Thematisierung sowohl der Berichterstattung bei aktuellen Katastrophen vor, dargestellt vor allem am Beispiel des Oderhochwassers 1997, als auch der Vermittlung von katastrophenschutzrelevanten Informationen zur Katastrophenvorbeugung. In einigen Beiträgen und vor allem in den Diskussionen spielte auch die Rolle der Medien für das Wecken und Lenken von Hilfsbereitschaft eine Rolle.

### **1. Kein Sonderstatus für Katastrophenberichterstattung**

Die anwesenden Journalisten machten während des Werkstattgesprächs deutlich, daß sie im Rahmen journalistischer Normen und Gepflogenheiten und im engen Rahmen konventioneller redaktioneller Vorgaben und Erwartungen operieren. D.h. die Vermittlung von Informationen über Katastrophenvorbeugung, Selbsthilfe-Möglichkeiten, aktuelle Katastrophen und Hilfebedarf muß sich in den Redaktionen gegen andere Themen durchsetzen. Es gibt in den Redaktionen keinen Sonderstatus für Katastrophenschutzinformationen. Dagegen hilft auch kein moralisierendes Lamentieren. Die gleichen Regeln, die für die Auswahl der anderen Themen angelegt werden, gelten auch für Themen aus dem Bereich des Katastrophenschutzes.

Daraus folgt beispielsweise die Notwendigkeit, die journalistische Attraktivität von Informationen aus dem Katastrophenschutz konsequent durch Ausnutzung aktueller Anlässe, Bereitstellung bzw. Ermöglichung von Foto- und Filmaufnahmen, Anbieten interessanter und kompetenter Informanten usw. zu erhöhen. Das erfordert professionelle PR-Arbeit gerade auch in akuten Katastrophensituationen. (Als Beispiel für den Einfluß der PR auf die Berichterstattung wurde die PR-Arbeit der Bundeswehr bei dem Einsatz während des Oder-Hochwassers 1997 angeführt, die dazu geführt habe, daß die anderen Katastrophenschutz- und Hilfsorganisationen in der Berichterstattung unterrepräsentiert gewesen seien.)

## 2. Netzwerk erforderlich

Von verschiedenen Seiten wurde der Vorschlag gemacht, einen Kreis von an Katastrophenschutzthemen interessierten Journalisten aufzubauen und zu pflegen, um eine Institutionalisierung und Professionalisierung der Katastrophenschutzberichterstattung zu erreichen. Die Journalisten dieses Netzwerkes wären dann Ansprechpartner in den Medien für Katastrophenschutzthemen auch zwischen akuten Anlässen („vergessene Katastrophen“). Durch Veranstaltungsangebote könnte die professionelle Kommunikation innerhalb dieser Journalistengruppe und zwischen den Mitgliedern des Kreises und Vertretern des Katastrophenschutzes gefördert werden. Auf diese Weise könnte auch eine Debatte über eine journalistische Berufsethik und über Qualitätskriterien für die Katastrophenberichterstattung initiiert werden, wie es sie beispielsweise im Bereich des Medizinjournalismus gegeben hat.

Alfred Thorwarth machte allerdings deutlich, daß die Pflege eines Kreises thematisch interessierter Journalisten nicht ausreicht. Eine weitere wichtige Zielgruppe seien die Journalisten, die in den Redaktionen Managementfunktionen wahrnehmen („Chefs vom Dienst“). Diese vergeben letztlich Aufträge für Beiträge und vermitteln Erwartungen hinsichtlich deren Form und Inhalt. Gegen diese Entscheidungsträger in den Redaktionen läßt sich keine einschneidende Veränderung der Behandlung von Katastrophenschutzthemen durchsetzen.

Es lassen sich für Bemühungen eines verstärkten Kontakts mit Journalisten also zwei unterschiedliche Zielgruppen ausmachen: Autoren von journalistischen Beiträgen über Katastrophenschutzthemen mit hohem thematischen Interesse sowie redaktionelle Entscheidungsträger mit hohem Einfluß auf die Struktur der Berichterstattung aber in der Regel ohne besonderes inhaltliches Interesse an Katastrophenschutz-Themen.

## 3. Aufmerksamkeitslenkung durch Medien

Es gab eine Debatte darüber, inwieweit von den Medien eine ausgewogene, an einer übergreifenden Perspektive orientierte Katastrophenberichterstattung zu erwarten sei. Susanne Anger, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit des DRK, kritisierte, daß die Medien die Oderhochwasser-Katastrophe auf deutscher Seite maßlos übertrieben, die in Polen dagegen viel zu wenig beachtet und damit die Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung in die falschen Bahnen gelenkt hätten. Ihrer Prämisse einer geringen deutschen Betroffenheit widersprachen allerdings die anwesenden Journalisten aus der Region, die darauf hinwiesen, daß im Rückblick zwar nur relativ geringe Schäden aufgetreten seien, in der damaligen Situation das Risiko für die Region bei einem drohenden Deichbruch dagegen tatsächlich sehr hoch gewesen sei. Insofern hätten die Medien mit dem Umfang der Be-



richterstattung über die deutsche Lage auf berechtigte Besorgnis ihres Publikums reagiert.

Hans Koschnick warnte vor zu hohen Erwartungen an die informationsvermittelnden Leistungen der Medien. Er meinte ganz generell, daß man von den Medien nicht viel mehr als Aufmerksamkeitserzeugung für Katastrophen und Katastrophenschutz erwarten könne. Diese öffentliche Aufmerksamkeit sei als Potential zu begreifen und es sei dann Aufgabe der Katastrophenschutz- und Hilfsorganisationen, aus diesem Potential hinsichtlich Katastrophenvorsorge und Hilfsbereitschaft etwas zu machen.

#### **4. Potential für Kooperationen**

Im Gegensatz zu gängigen systemtheoretischen Beschreibungen des Journalismus, die dessen Eigenlogik und Beobachterrolle hervorheben, zeigt sich in manchen Situationen doch die faktische Bereitschaft von Medien, sich pragmatisch in formelle oder informelle Kooperationen mit dem Katastrophenschutz einbinden zu lassen und damit vom reinen Beobachter zum Akteur zu werden. Dies scheint besonders auf lokaler Ebene der Fall zu sein. Auf der überregionalen Ebene ist das Publikum eine hypothetische Größe und sind dessen Bedürfnisse den Journalisten letztlich nicht bekannt, so daß diese sich an abstrakten journalistischen Berufsnormen statt konkret an den Erwartungen der Klienten orientieren. Lokaljournalisten dagegen kennen die Informationsbedürfnisse ihres Publikums, die überdies aufgrund gemeinsamer potentieller Betroffenheit von Naturrisiken (Hochwasser) wesentlich homogener sind.

Soweit also beabsichtigt ist, eine Kooperation zwischen dem Katastrophenschutz und den Medien zu initiieren, um etwa Informationskampagnen zur Katastrophenvorbeugung durchzuführen, sind die Chancen dafür auf lokaler Ebene erheblich besser als auf überregionaler Ebene. Aus Sicht der Medien bleiben solche Kooperationen allerdings prekär, weil sie mit der journalistisch hochgeschätzten Rolle des Kritikers und Kontrolleurs der „Entscheider“ (Politik, Administration usw.) konfliktieren. Es ist daher dringend zu raten, das von den Medien in solchen Kooperationen entgegengebrachte Vertrauen nicht zu mißbrauchen und zu akzeptieren, daß Medien parallel zur Kooperation weiterhin ihre kritische Beobachterrolle ausüben.

Auf überregionaler Ebene mag es Möglichkeiten zur Kooperation geben, wenn die Medien von sich aus eine Akteurrolle übernehmen, indem sie beispielsweise selbst Hilfsprojekte initiieren und zu Spenden dafür aufrufen. Hier würde eine Kooperation mit Hilfsorganisationen, die mit ihrer Professionalität die Effizienz solcher Aktionen verbessern könnten, für beide Partner nützlich sein.



# Anhang

## Programm

---

# Naturkatastrophen und die Medien

## Herausforderungen an die öffentliche Risiko- und Krisenkommunikation

Experten-Workshop, 3.-4. Dezember 1998, Königswinter

---

<b>Donnerstag, 3. Dezember 1998</b>
-------------------------------------

14.00 Uhr **BEGRÜSSUNG UND EINFÜHRUNG**

**Grußwort**

Bürgermeister a.D. Hans Koschnick, Vorsitzender des  
Deutschen IDNDR-Komitees für Katastrophenvorbeugung

**Naturkatastrophen und die Medien – Einführung in den Workshop**

Dr. Hans Peter Peters, Forschungszentrum Jülich

15.00 Uhr **MASSEN MEDIEN UND NATURRISIKEN**

**Medienperspektiven auf Naturrisiken und Naturkatastrophen**

Alfred Thorwarth, Leiter der Programmgruppe Wissenschaft/Ökologie  
des Westdeutschen Rundfunks (WDR)

**Helfer und Störenfried – die ambivalente Rolle der Medien bei  
Naturkatastrophen**

Christian Brauner, Risk Management

16.30 Uhr **KAFFEPAUSE**

17.00 Uhr **BEISPIEL: ODER-HOCHWASSER 1997**

**Probleme im Umgang mit Journalisten beim Oder-Hochwasser –  
ein Erfahrungsbericht**

Susanne Anger, Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit  
des Deutschen Rotes Kreuz, Bonn

**Probleme journalistischer Berichterstattung über das  
Oder-Hochwasser – ein Erfahrungsbericht**

Dr. Ulf Grieger, Märkische Oderzeitung

**Leistungen und Fehlleistungen des Journalismus bei der  
Information der Bevölkerung während des Oder-Hochwassers**

Manfred Füger, Leiter des Referats Presse und Öffentlichkeitsarbeit,  
Innenministerium des Landes Brandenburg

19.00 Uhr **ABENDESSEN**

20.30 Uhr **Beispiele journalistischer Katastrophenberichterstattung**

Vorführung von Fernsehfilmen und Gespräche mit deren Autoren

Carla Kniestedt, Ostdeutscher Rundfunk Brandenburg

Thomas Präkelt, RTL Berlin

---

<b>Freitag, 4. Dezember 1998</b>
----------------------------------

- 9.00 Uhr **ANALYTISCHE PERSPEKTIVEN**
- Umgang der Medien mit Naturrisiken und Naturkatastrophen**  
Prof. Dr. Georg Ruhrmann, Friedrich-Schiller-Universität Jena
- Prinzipien effektiver Risiko- und Krisenkommunikation – Anforderungen an die Medien**  
Dr. Peter M. Wiedemann, Leiter der Programmgruppe „Mensch, Umwelt, Technik“, Forschungszentrum Jülich
- Informations- und Orientierungsbedürfnisse der betroffenen Bevölkerung – können Medien sie erfüllen?**  
Wolfram Geier, Arbeiter-Samariter-Bund, Köln
- 10.30 Uhr **KAFFEPAUSE**
- 11.00 Uhr **MEDIEN UND KATASTROPHEN-VORBEUGUNG**
- Vorbereitung der Bevölkerung auf den Katastrophenfall – die Rolle der Massenmedien aus Sicht einer Behörde**  
Horst Dölling, Stadtverwaltung Halle/Saale
- Einsatz von Informationskampagnen zur Erhöhung des öffentlichen Bewußtseinsstandes über Naturrisiken und Katastrophenschutz**  
Dr. Anne Eckhardt, Basler & Hofmann, Zürich
- Katastrophenvorsorge als Medienthema – wann ist es für Journalisten interessant?**  
Thomas Hillebrandt, Freier Fernsehjournalist
- 12.30 Uhr **MITTAGESSEN**
- 13.30 Uhr **KERNPROBLEME MASSENMEDIALER KOMMUNIKATION ÜBER NATURKATASTROPHEN UND ANSÄTZE DER VERBESSERUNG**
- Resümierende Statements**
- Abschlußdiskussion**
- 15.30 Uhr **KAFFEE UND ENDE DES WORKSHOPS**

## **Anschriften der Autoren**

### **Susanne Anger**

Deutsches Rotes Kreuz, Friedrich-Ebert-Allee 71, 53113 Bonn  
E-mail: [angers@drk.de](mailto:angers@drk.de)

### **Christian Brauner**

Risk Management, Propsteihof 4, 79112 Freiburg  
E-mail: [ChBrauner@aol.com](mailto:ChBrauner@aol.com)

### **Horst Dölling**

Stadt Halle/Saale, Amt für Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst,  
An der Feuerwache 5, 06124 Halle/Saale

### **Dr. Anne Eckhardt**

Basler & Hofmann, Forchstraße 395, CH-8029 Zürich  
E-mail: [aeckhardt@bhz.ch](mailto:aeckhardt@bhz.ch)

### **Manfred Füger**

Land Brandenburg, Staatskanzlei, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam

### **Wolfram Geier**

Feldstraße 92, 24105 Kiel  
E-mail: [geierw@t-online.de](mailto:geierw@t-online.de)

### **Dr. Ulf Grieger**

Märkische Oderzeitung, Lokalredaktion, Hauptstraße 16, 16259 Bad Freienwalde  
E-mail: [ugrieger@moz.de](mailto:ugrieger@moz.de)

### **Thomas Hillebrandt**

Forstweg 13, 50374 Erftstadt  
E-mail: [Th.Hillebrandt@t-online.de](mailto:Th.Hillebrandt@t-online.de)

### **Günter Hölter**

Spittelhofstr. 32, 79271 St. Peter  
E-mail: [Guenter.Hoelter@t-online.de](mailto:Guenter.Hoelter@t-online.de)

### **Bürgermeister a.D. Hans Koschnick**

Rudolstädter Weg 9, 28329 Bremen

### **Dr. Hans Peter Peters**

Forschungszentrum Jülich, Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik,  
52425 Jülich,  
E-mail: [h.p.peters@fz-juelich.de](mailto:h.p.peters@fz-juelich.de)

### **Dr. Susanne Reiff**

Königstr. 75a, 53115 Bonn

### **Dr. Eckart Klaus Roloff**

Rheinischer Merkur, Godesberger Allee 91, 53175 Bonn  
E-mail: [EKRoloff@merkur.de](mailto:EKRoloff@merkur.de)

### **Prof. Dr. Georg Ruhrmann**

Universität Jena, Lehrstuhl Grundlagen der medialen Kommunikation und der  
Medienwirkung, Ernst-Abbe-Platz 8, 07743 Jena  
E-mail: [Georg.Ruhrmann@uni-jena.de](mailto:Georg.Ruhrmann@uni-jena.de)